

vom Ratsbüro genehmigt
am: 5. September 2000

PROTOKOLL

der **11.** Sitzung
vom Dienstag, 29. Aug. 2000
17.00 - 19.40 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

- Vorsitz: Susanne Günter (FDP)
- Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
- Stimmzählerinnen: Verena Bucher (SP) und Gertrud Walch (SVP)
- Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 47 Mitglieder
5 Stadträte
- Entschuldigt : Susanna Freivogel (SP)
Bea Hauser (SP)
- Am Schluss der Sitzung: Rolf Amstad (SP)
- Traktanden:**
- 1. INTERPELLATION Fraktionsgemeinschaft
FDP/SVP/CVP/EDU vom 14.08.00 - Sofortige
Überprüfung der Strukturen des Stadtschulrates Seite 369**
 - 2. MOTION Kommissionsminderheit ex SPK
"Anpassung der Entschädigungen für Schulpräs.
und Mitglieder des Stadtschulrates" vom 15.08.00 -
Strukturreform Stadtschulrat/Anpassung der
Entschädigungen für das Schulpräsidium und
die Mitglieder des Stadtschulrates Seite 380**
 - 3. VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von
Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer
"Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle
Eintretensdebatte 1. Teil Seite 390**

PENDENTE GESCHÄFTE

- VdSR vom 29. Juni 1999 - Sportstadion Breite, Varianten Sanierung/Neubau SPK
- Vorlage des Büros des GrSR vom 7. Dez. 1999 - Erarbeitung eines Pflichtenheftes für Baukommissionen und allenfalls einer ständigen Bau-Fachkomm. SPK
- VdSR vom 7. März 2000 - Reorganisation Baureferat; Anpassung Stellenplan SPK
- VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer "Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle SPK
- VdSR vom 16. Mai 00 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH
- INTERPELLATION von Peter Möller (GB) vom 13. Juni 2000 - Wahrheitsgehalt von Interpellationsbeantwortungen
- INTERPELLATION von Roland Schöttle (FDP) vom 20. Juni 2000 - Mutwillige Verschmutzung öffentlicher Bauwerke und techn. Anlagen, sowie privater Liegenschaften
- INTERPELLATION von Peter Käppler (SP) vom 20. Juni 2000 - Personalsituation bei der Stadt Schaffhausen
- VdSR vom 20. Juni 2000 - Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung SPK
- VdSR vom 4. Juli 2000 - Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli SPK
- VdSR vom 4. Juli 2000 - Preismassnahmen 2001 im Tarifverbund SH und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen SPK
- INTERPELLATION von Benno Seemüller (CVP) vom 1.07.2000 - Kampfhunde in der Stadt Schaffhausen
- INTERPELLATION von Josef Eugster (SVP) vom 7.07.2000 - Kommissionen im Bau- und Umweltreferat
- INTERPELLATION von Ernst Gründler (FDP) vom 7.07.2000 - Aktive Landpolitik
- MOTION der Fraktionsgemeinschaft FDP/SVP/CVP/EDU vom 7.07.2000 - Reorganisation der Baubewilligungsverfahren in der Stadt SH
- MOTION von Roland Schöttle (FDP) vom 7.07.2000 - Liegenschaft Kornhaus am Herrenacker
- MOTION Bea Hauser (SP) vom 15.08.00 - "Ohne Auto in die Stadt"
- INTERPELLATION Ernst Spengler (SVP) vom 15.08.00 - "Exodus" im Altersheim Steig
- INTERPELLATION Peter Neukomm (SP) vom 22.08.00 - Fusswegnetz
- MOTION Leonhard Ott (OeBS) vom 14.08.00 - "Ersatz für Stadtbildkommission"

Kleine Anfragen von

Ernst Gründler (FDP): Brandschutzkontrollen in der Stadt	22. 6.00	7/2000
Urs Tanner (SP): Übersicht Mobilfunkantennen Internet Stadt SH	13. 7.00	8/2000
Peter Neukomm (SP) Umweltbelastung durch das Krematorium?	18. 7.00	9/2000

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 INTERPELLATION Fraktionsgemeinschaft
FDP/SVP/CVP/EDU vom 14.08.00 - Sofortige
Überprüfung der Strukturen des Stadtschulrates**

Die Interpellation wird durch Josef Eugster (SVP) und Roland Schöttle (FDP) begründet, durch Stadtrat Werner Widmer beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 MOTION Kommissionsminderheit ex SPK
"Anpassung der Entschädigungen für Schulpräs.
und Mitglieder des Stadtschulrates" vom 15.08.00 -
Strukturreform Stadtschulrat/Anpassung der
Entschädigungen für das Schulpräsidium und
die Mitglieder des Stadtschulrates

Die Motion wird durch Peter Neukomm (SP) begründet, durch Stadtrat Werner Widmer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion mit **44: 0 Stimmen** mit folgendem geänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, unter Einbezug des Stadtschulrates,

- 1. bis Ende 2000 dem Grossen Stadtrat eine Orientierungsvorlage über eine Strukturreform der städtischen Schulbehörde im Sinne der Motion Raphaël Rohner vom 15.02.2000, überwiesen am 07.03.2000, vorzulegen.*
- 2. dem Grossen Stadtrat bis Ende Oktober 2000 Bericht und Antrag zu erstatten, über eine Anpassung der Entschädigung für das Schulpräsidium und die vom Volk gewählten Mitglieder des Schulrates, mit welcher auf Beginn der neuen Amtsperiode eine korrekte, möglichst aufwandbezogene Abgeltung der zu leistenden Arbeit bis zum Inkrafttreten einer Strukturreform erreicht werden kann.*

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von
Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer
"Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle
Eintretensdebatte 1. Teil

Dieses Geschäft wurde in einer 13er-SPK vorberaten.

Es kamen zu Wort:

Andres Bächtold (SP) als Präsident und Sprecher der SPK sowie
Bernhard Egli (OeBS) als Sprecher der OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion.

Die Fortsetzung der Eintretensdebatte sowie Beschlussfassung erfolgen an der nächsten Ratssitzung am 12. September 2000.

Bezüglich der Tagesordnung entschied der Rat auf Antrag von Roland Schöttle (FDP), bei der vorliegenden Traktandenliste zu bleiben.

Der Antrag einer Mehrheit des Büros, die Traktanden 1 und 2 in einem Paket zu behandeln, unterliegt bei 23 : 23 Stimmen durch Stichentscheid der Ratspräsidentin.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Susanne Günter eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Mitteilungen:

Die Ratspräsidentin gratuliert den am 27. August 2000 wieder gewählten Stadtratsmitgliedern Stadtpräsident Marcel Wenger und SR Kurt Schönberger zur erfolgreichen Wiederwahl. Sie wünscht ihnen für die kommende Legislaturperiode viel Glück und gutes Geschick bei der Ausführung ihres verantwortungsvollen Amtes. "Mögen Sie bei guter Gesundheit bleiben und immer die nötige Motivation aufbringen, um mit Elan und Begeisterung ihres Amtes zu walten."

Die Ratspräsidentin erinnert den Rat an die Info-Tagung WoV vom Mo 11. Sep. 2000 im Klostersgut Paradies. An- bzw. Abmeldeschluss: Mittwoch, 6. Sep. 2000.

Im weiteren berichtet die Ratspräsidentin die Absender folgender Vorstösse, welche auf der heutigen Traktandenliste unter Trakt. 2 und 13 figurieren:

- MOTION Esther Bänziger (SP) vom 15.08.00 - Strukturreform Stadtschulrat/
Anpassung der Entschädigungen für das Schulpräsidium und die Mitglieder des Stadtschulrates

richtig:

MOTION Kommissionsminderheit ex SPK

"Anpassung der Entschädigungen für Schulpräsidium und Mitglieder des Stadtschulrates" vom 15.08.00 - Strukturreform Stadtschulrat/Anpassung der Entschädigungen für das Schulpräsidium und die Mitglieder des Stadtschulrates.

Die Motion wurde von den nicht bürgerlichen Mitgliedern Esther Bänziger, Marlise Stöckli, Susanna Freivogel, Peter Käppler und Peter Neukomm eingereicht.

- MOTION SP-Fraktion vom 15.08.00 - "Ohne Auto in die Stadt"

richtig:

MOTION Bea Hauser (SP) vom 15.08.00 - "Ohne Auto in die Stadt"

Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder, ihre Vorstösse immer mit einem Titel zu versehen, damit das Büro nicht gezwungen ist, diesen einen Arbeitstitel zu verpassen. Ebenso soll aus dem Absender klar hervorgehen, ob es sich um einen persönlichen Vorstoss oder um einen Fraktionsvorstoss handelt.

Personelle Änderungen in Spezialkommissionen:

- VdSR vom 4. Juli 2000 - Preismassnahmen 2001 im Tarifverbund SH und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen
Thomas Hauser (FDP) nimmt anstelle von Roland Schöttle (FDP) Einsitz.
Verena Sutz (SP) nimmt anstelle von Peter Käppler (SP) Einsitz.
- VdSR - Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli:
Urs Tanner (SP) ersetzt Susanna Freivogel (SP).
Annina Keller (JPS) ersetzt Iren Eichenberger (OeBS).

- VdSR - Entwicklung der Koordinationsstelle für familien-ergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung: Susanna Freivogel (SP) ersetzt Verena Bucher (SP)

NEU EINGEGANGENE GESCHÄFTE SEIT DER LETZTEN SITZUNG:

- **INTERPELLATION Peter Neukomm (SP) vom 22.08.00 - Fusswegnetz**
- **MOTION Leonhard Ott (OeBS) vom 14.08.00 - "Ersatz für Stadtbildkommission"**

Diese Geschäfte werden auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

Vom SR mit Datum vom 22. August 2000 beantwortet wurde die KLEINE ANFRAGE von Peter Möller (GB): Wem gehört "schaffhausen"? vom 31.05.00 Lauf-Nr. 5/2000

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 10 vom 15. August 2000 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Anträge zur Änderung der Traktandenliste:

Das **Ratsbüro** beantragt mit 3 : 2 Stimmen, das Geschäft Nr. 1 und 2 miteinander zu diskutieren, d.h. zuerst die Begründung der Interpellation, dann die Begründung der Motion und nachher die Antwort des SR zu beiden Geschäften anzuhören und alsdann im Rat zu diskutieren.

Roland Schöttle (FDP) stellt den Gegenantrag, es seien die Geschäfte - wie auf der Traktandenliste aufgeführt - einzeln zu behandeln.

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Ich möchte mich herzlich bedanken für die Glückwünsche. Der Wunsch, bei guter Gesundheit zu bleiben, ist ja auch ein bisschen von Ihnen zu erfüllen, indem Sie uns nicht allzu stark strapazieren. Wenn ich an die Sitzungs-Effizienz denke, wäre ich froh, wenn man die beiden Geschäfte miteinander behandeln könnte, weil sie inhaltlich den gleichen Stoff angehen. Ich habe mich vor 14 Tagen dafür eingesetzt, dass wir die Sache verschieben. Jetzt möchte ich dieses Versprechen einlösen. Aber es liegt an Ihnen, dies zu entscheiden."

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident Votum

"Die Ratspräsidentin hat nicht begründet, weshalb wir für die Zusammenlegung sind. Ich möchte Ihnen diese Begründung nachliefern. Wir erachten die getrennte Beratung dieser beiden Vorstösse als widersinnig, weil sie einem sitzungsökonomischen Leerlauf entspräche. Warum?"

Wir im Ratsbüro sind dafür verantwortlich, dass die Geschäfte im Rat effizient und sinnvoll über die Bühne gehen. Dies wäre bei einer getrennten Behandlung hier gefährdet. Jedes Ratsmitglied, das zum Thema spricht, spricht einerseits zur Interpellation und andererseits zur Motion.

Wenn Sie die Vorstösse genau anschauen, dann geht es um dasselbe, nur in der Interpellation wurden die Anliegen in Frageform gestellt, in der Motion wurden die Anliegen in Forderungen an den Stadtrat festgehalten. Aus diesem Grund würden wir es begrüßen - ich bin froh, dass es der Stadtrat auch so sieht -, dass wir diese beiden Vorstösse zusammen diskutieren könnten."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich möchte nur betonen, dass wir auch eine Logik in der chronologischen Abhandlung sehen, indem die Interpellation in Form der Fragestellung wahrscheinlich sehr viel erklären kann, was bei der Motionsbehandlung dann geklärt ist und effizient behandelt werden kann. Ich bin froh, wenn wir schnell abstimmen, damit wir zur Sache kommen können."

ABSTIMMUNG

Der Antrag einer Mehrheit des Büros, die Traktanden 1 und 2 in einem Paket zu behandeln, unterliegt bei 23 : 23 Stimmen durch Stichentscheid der Ratspräsidentin.

Bezüglich der Tagesordnung hat der Rat somit entschieden, bei der vorliegenden Traktandenliste zu bleiben.

Peter Möller (GB) Persönliche Erklärung

"Ich rufe die bürgerliche Seite dazu auf, sich in der Interpellationsbegründung strikte auf den Inhalt der Interpellation zu beschränken und ja nicht irgendwie das Thema der Motion aufzugreifen. Die völlig widersinnige Teilung der Diskussion soll bitte auch von Ihnen aufrecht erhalten werden!"

Traktandum 1 INTERPELLATION Fraktionsgemeinschaft FDP/SVP/CVP/EDU vom 14.08.00 - Sofortige Überprüfung der Strukturen des Stadtschulrates

GrSR Verena Stutz (SP) nimmt als Mitglied des Stadtschulrates bei der Behandlung der Traktanden 1 und 2 den Ausstand.

Josef Eugster (SVP) Interpellationsbegründung Teil 1 *

"Wie uns allen bekannt ist, hat das Volk am 23. Juli 2000 die Besoldungsvorlage für das Schulpräsidium und die Mitglieder des Stadtschulrates mit grossem Mehr abgelehnt.

Der Schulreferent hat ein weiteres Mal nicht reagiert und seine Führungsverantwortung nicht wahrgenommen.

Es wäre angezeigt gewesen, unmittelbar nach der Abstimmung in der Öffentlichkeit eine Erklärung über die weiteren Absichten des Stadtrates und des Schulreferenten abzugeben.

Die Motion Raphaël Rohner betreffend Reorganisation des Stadtschulrates wurde von diesem Rate am 22. Februar 2000 für dringlich erklärt.

Damals wurde uns von Herrn Widmer mitgeteilt, dass die Reorganisation schon vor einem Jahr eingeleitet wurde. Bis heute sind den meisten von uns keine greifbaren Resultate bekannt.

Dem Stadtrat sollte nun endlich klar sein, dass bei der längst fälligen Reorganisation des Stadtschulrates nicht nur die Entschädigungsfrage zu prüfen ist, sondern die bestehenden Strukturen generell zu hinterfragen sind.

Eine so wichtige Behörde wie der Stadtschulrat mit einem so umfangreichen Aufgabenkatalog darf nicht vernachlässigt werden. Es müssen dringend optimale Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit der Vollzug dieser Aufgaben im Nebenamt wahrgenommen werden kann.

Zu den Fragen:

1. Wir verlangen vom Stadtrat eine klare Stellungnahme mit Zeit und Datum, ob er bereit ist, diesem Geschäft eine hohe Priorität beizumessen.
2. Bis zu welchem Zeitpunkt liegen Bericht und Antrag der Motion Rohner über die Reorganisation des Stadtschulrates vor?

Eine reine Entschädigungsvorlage werden wir nicht unterstützen.

3. Wird der Stadtrat dafür besorgt sein, dass alle aufgrund der geltenden Schulgesetzgebung zur Verfügung stehenden Reorganisationsmöglichkeiten mit einbezogen werden, um den Mitgliedern des Stadtschulrates, samt dem Präsidialamt, den Vollzug der ihnen als Schulbehörde zukommenden Aufgaben auch in Zukunft im Nebenamt zu ermöglichen?

Mit grossem Interesse erwarten wir die Stellungnahme des Schulreferenten."

Roland Schöttle (FDP) Interpellationsbegründung Teil 2 *

"Es ist ein grosser Unmut, der unsere Fraktionsgemeinschaft dazu bewogen hat, die vorliegende Interpellation als Nachdoppelung zur Motion unseres Fraktionskollegen Grosstadtrat Raphaël Rohner vom 15. Februar 2000 einzureichen. Ein Unmut gegenüber dem Schulreferenten, der es in seiner ihm eigenen speziellen Art verstanden hat, die damalige Spezialkommission und unseren ganzen Rat von den echten Problemen abzulenken und die gesamte Problematik auf eine vermeintlich schnell notwendige Veränderung der finanziellen Seite zu fokussieren. Dabei verwendete er unsere Bereitschaft gut, diesem gewichtigen Thema seine Bedeutung zukommen zu lassen, und wir taten dies umso leichter, als der Schulreferent bei allen seinen Stellungnahmen zu diesem Thema immer davon gesprochen hatte, dass die Motion Rohner eigentlich offene Türen einrenne, weil er die notwendigen Schritte zur angesagten Strukturveränderung bereits eingeleitet habe.

Seine Aussagen verleiteten uns dazu, ihm zu glauben und für die vermeintlich dringliche Anpassung der Entschädigungen auf einem separaten Weg auch unsere Stimme zu geben.

Was hatte uns der Schulreferent im Rat und in der SPK nicht alles gesagt zu diesem Thema!

Am 22. Februar 2000 im Anschluss an die Motionsbegründung durch Kollege Rohner:

Zitat SR Widmer:

"Ich danke GrSR Rohner für die perfekte Darstellung der Problematik. Der Ball wurde vom SR schon längst aufgenommen. Die Vorlage liegt bereit. Sie wird in zwei Tagen vom Stadtschulrat behandelt. Am nächsten Dienstag landet sie auf dem Tisch des Stadtrates. Ich denke - datiert ist es so -, dass wir dann an der nächsten Ratssitzung bereits gleichzeitig auch über die Inhalte diskutieren können."

Nachdem GrSR Rohner in seiner Begründung die Gesamtheit der Problematik, d.h. in erster Linie die notwendigen Umstrukturierungen und auch die notwendige Verbesserung der Entschädigungen gefordert hatte, machte uns Stadtrat Widmer mit seiner uneingeschränkten Stellungnahme glauben, dass er die Gesamtheit der Problematik in dieser geschilderten und in Aussicht gestellten Vorlage angehen werde. Er beschwichtigte damit die besorgten Ratsmitglieder und brachte sie vorerst zum Schweigen. Wir liessen uns täuschen!

Was kam aber dann als Vorlage? Die grossen Worte der bereits vorliegenden Vorlage zur Motion Rohner waren verflogen und SR Widmers Anstrengungen reduzierten sich auf eine möglichst schnelle Lösung der Entschädigungsfrage. Wir alle waren im Grunde genommen enttäuscht, aber niemand stand dagegen auf. Nein, wir solidarisierten uns sogar mit der vermeintlichen Problematik der amtierenden und neu zu wählenden Schulratsmitglieder und akzeptierten eine beabsichtigte gestaffelte Problemlösung, mit einem ersten sofortigen Schritt in der Entschädigungsfrage und einer anschliessenden Veränderung der Strukturen. Rückblickend wissen wir, dass wir darauf nie hätten eintreten dürfen.

Am 7. März, in der Stellungnahme des Stadtrates zur Vorlage

erklärte dann Stadtrat Widmer relativierend:

"Bezüglich der Evaluation von Reorganisationsmöglichkeiten sind wir uns auch ganz klar bewusst - hier spreche ich auch im Namen des Stadtschulrates -, dass dies ein zentraler Schritt sein muss."

"Wir sind auf gutem Wege. Wir werden alle Instanzen einbeziehen, um den Anliegen der Motionäre wirklich gerecht zu werden. Ich hoffe sehr, dass SPK und Parlament den ersten notwendigen Schritt schon bald nachvollziehen können als Start zu einer umfassenden Reorganisation des Amtes und der Behörde."

Obwohl verschiedene Votanten ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, dass die gesamtheitliche Reorganisation des Schulrates zwingend notwendig sei und die Frage der Entschädigungen eigentlich nur ein Teil davon ist, liessen wir uns (auch ich mich) dazu überreden, SR Widmers Geldvorlage anzunehmen, anstatt sie zurück zu weisen und auf der Gesamtheit der Problemlösung zu beharren.

Die nachfolgende Geschichte mit dem Referendum und der Ohrfeige des Volkes hat uns überaus deutlich klar gemacht, dass wir auf die Ablenkungen von SR Widmer nicht hätten eintreten dürfen. Wir haben einen grossen Fehler begangen, den wir nicht wiederholen dürfen.

Denn - liebe Kolleginnen und Kollegen - der Schulreferent hat bis heute die am 22. Februar 2000 angesagte Vorlage des Stadtrates noch nicht präsent, von der er damals (eben im Sinne dessen, dass der Motionär Rohner eigentlich offene Türen einrennen) gesagt hatte, der Stadtrat hätte den Ball schon längst aufgenommen und die Vorlage werde am nächsten Dienstag vom Stadtrat behandelt. Das wäre dann der 29. Februar gewesen.

Wir müssen heute doch erkennen, dass uns Stadtrat Widmer bisher in dieser Sache mehrheitlich ein wenig "an der Nase herumgeführt" hat.

Mit unserer Interpellation wollen wir nun unserer Forderung auf Lösung der Gesamtproblematik gemäss Motion Rohner Nachdruck verschaffen. Wir wollen damit gleichzeitig auch den gesamten Stadtrat in die Verantwortung nehmen, dass er auf den Schulreferenten den nötigen Druck ausübt, endlich diese Pendezenz zu erledigen; und zwar erledigen im Sinne einer definitiven und alles beinhaltenden Vorlage. Wir wollen den unmissverständlichen und deutlichen Volkswillen gemäss der Abstimmung vom 23. Juli 2000 respektieren, und nicht mehr nur auf die Entschädigungsfrage eintreten. Dies umso mehr, als uns bekannt geworden ist, dass eine Umfrage bei den amtierenden Stadtschulrätinnen und -Räten auch so ausgefallen ist, dass deren Mehrheit nicht vordergründig die Frage der Entschädigung allein bearbeitet haben will.

Gleichzeitig wollen wir auch zum Ausdruck bringen, dass der Stadtrat im Rahmen der Neuorganisation darauf bedacht sein muss, die Amtsführung des Schulratspräsidenten auch in Zukunft als Nebenamtstelle möglich zu machen. Der durch einzelne Kreise erwogene Ausbau des Schulpräsidentenamtes in ein Vollamt ist für uns kein Thema und wäre für unsere Verhältnisse, dies auch im Vergleich mit übrigen Voll- und Nebenamtsstellen, absolut unverhältnismässig.

Wir sind gespannt auf die Beantwortung unserer Fragen durch den Stadtrat und hoffen sehr darauf, dass er uns darin glaubwürdig die Präsentation einer ausgereiften und gesamthaften Problemlösung innert nützlicher Frist in Form eines "Berichts und Antrags", und nicht in Form einer weiteren vertröstenden Orientierungsvorlage in Aussicht stellen kann."

Stadtrat Werner Widmer Stellungnahme des Stadtrates

"Ich möchte einleitend einige Bemerkungen machen. Ich denke, dass das wichtig ist auch für die Öffentlichkeit nach diesen wochen- oder monatelangen Diskussionen. Ich stelle fest, die Schule in der Stadt funktioniert, sie funktioniert sehr gut. Die Schule wird nicht hier in diesem Saal abgehalten, sondern im Schulzimmer - unter der Verantwortung von engagierten, sehr guten Lehrkräften. Es ist deshalb unstatthaft, wenn wir, der Stadtschulrat - ich spreche jetzt in dieser Angelegenheit in dessen Namen - in der Zeitung lesen müssen, dass im Zusammenhang mit dieser abgeschmetterten Besoldungsvorlage von der Schulpräsidentin und dem Schulreferenten "bezüglich städtischer Schulpolitik ein Schlamassel angerichtet worden sei".

Ein Schlamassel in der städtischen Schulpolitik - dies müsste man noch definieren. Zwischen Schulpolitik und Entschädigungsfragen besteht ein Unterschied: Ersteres ist Sache des Schulrates, über die Entschädigungen entscheiden die politischen Instanzen oder allenfalls das Volk.

Der Stadtschulrat hat deshalb am letzten Donnerstag relativ dezidiert diese Anwürfe zurück gewiesen an die Adresse jener Zeitung; diese hat allerdings diese Stellungnahme noch nicht abgedruckt.

Wo stehen wir heute?

Da muss ich ein wenig ausholen und Ihnen auch sagen, dass ich erst in den Mittagstunden diese Antwort stichwortartig aufnotiert habe, weil sich der Stadtrat heute Morgen zum dritten Mal relativ intensiv mit dem weiteren Vorgehen befasst hat.

Die Ausgangslage ist klar: Am 23. Juli 2000 wurde die Entschädigungsvorlage "bachab" geschickt in einem Ausmass, das überhaupt keine Diskussionen zulässt. Aber es verbleiben immer noch drei Aufträge. Diese drei Aufträge haben Sie uns bzw. im Speziellen mir erteilt.

Das erste ist die Motion von Raphaël Rohner unter dem Titel "Reorganisation des Stadtschulrates". Sie enthält die beiden Hauptpunkte

- Strukturen und Entschädigungen überprüfen
- Reorganisationsmöglichkeiten evaluieren.

Da hätten wir eigentlich drei Jahre Zeit. Aber es ist klar, dass es in dieser Situation nicht angeht, sich eine Frist einzuräumen, die man gemäss Verfassung beanspruchen könnte.

Dann gibt es zwei weitere Aufträge; diese datieren vom 4. April 2000 und sind von Ihnen mit 43 zu 1 Stimmen sowohl inhaltlich als auch bezüglich der Termine abgesegnet. Es sind dies

Antrag 5. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat bis 31. Dez. 2000 eine Orientierungsvorlage über die Reorganisation des Schulreferates, die Wiederbesetzung der Stelle eines pädagogischen Mitarbeiters/einer pädagogischen Mitarbeiterin und die beabsichtigte Kompetenzdelegation an die Schulhäuser vorzulegen.

Diese Orientierungsvorlage ist inhaltlich mit dem Motionär abgesprochen. Da sind wir im Zeitplan sehr weit und wir können Ihnen diese Orientierungsvorlage zeitgerecht und auftragsgemäss vorlegen.

Antrag 4. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat bis zum 31. März 2004 einen Bericht über die Entwicklung der Arbeitsbelastung des Stadtschulrates und falls erforderlich Anträge für die Anpassung der Besoldungsregelung zu unterbreiten.

Diese Aufträge haben Sie uns am 4. April 2000 erteilt. Wenn man jetzt so tut, als ob Sie vom Schulreferenten über den Tisch gezogen werden, dann stelle ich fest: Wir sind hier nicht im Parlament von Palermo, sondern in Schaffhausen. Ich habe hohen Respekt vor Ihnen.

Aber ich habe überhaupt keine Veranlassung, nach zwei Kommissions-Sitzungen und einer ausgiebigen Debatte hier jetzt solche Vorwürfe einzustecken.

Jetzt gibt es nach dem 23. Juli 2000 (Ferienzeit) zwei neue Vorstösse. Diese beiden "Bocksprünge" - ich sage es hier etwas pointiert - haben nicht nur mich überrascht. Einerseits reicht man eine Motion ein und macht aus 220 Prozenten 200 Prozente, lässt diese fallen, und reicht andererseits anderntags einen neuen Vorstoss ein, wo es heisst: gar nichts, bis die Strukturen stehen. Dieses "Dopplet oder Nüt-Spiel" war nicht die Absicht dieses Parlamentes. Mich jetzt einfach als personifizierten Bösewicht in dieser Sache hinzustellen, das muss ich zurückweisen.

Auf die eingereichte Motion *Strukturreform Stadtschulrat/Anpassung der Entschädigungen für das Schulpräsidium und die Mitglieder des Stadtschulrates* vom 15.08.00 werde ich unter Traktandum 2 eingehen.

Wir bewegen uns hier in einem Zeitraum von 14 Tagen.

Wie ist die Haltung des Stadtschulrates? Der Stadtschulrat hat am 14. August eine Analyse vorgenommen. Er kam dabei zu folgenden Schlüssen:

- Der Stadtschulrat möchte keinen zweiten "Bittgang" machen
- Der Stadtschulrat möchte kein zweites Mal quasi Absender einer Entschädigungsvorlage sein. Dies vielleicht auch auf dem Hintergrund der Enttäuschung. Er hat eine saubere Arbeitszeitanalyse geliefert. Man sollte jetzt nicht irgend etwas bringen, was man "zum halben Tarif" machen könnte.
- Der Stadtschulrat befürchtet, dass - was immer auch aufgetischt wird - ein zweites Referendum im Raum stünde.

Das ist die Haltung des Stadtschulrates. Nur - das entbindet uns im Stadtrat und in diesem Parlament nicht von der Verpflichtung, eine pragmatische, mehrheitsfähige Lösung jetzt zu präsentieren und auch zu beschliessen. Der Stadtschulrat ist ein Organ gemäss der Stadtverfassung. Der Stadtrat hat aber letztlich zusammen mit Ihnen die Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese Aufgabenerfüllung, welche eben auch in Bezug auf Administration und Aufsicht zu dieser Behörde gehört, funktioniert.

Die Meinung des Stadtrates ist im Stadtratsbeschluss vom 15. August festgehalten. Er tritt ein für das Erarbeiten einer befristeten Übergangslösung. Übrigens war die gescheiterte Vorlage indirekt - wenn auch nicht explizit - mit einer Befristung versehen.

Die Inhalte einer befristeten pekuniären Übergangslösung sind:

- Die Sockelentschädigungen bleiben bestehen auf der Basis der Besoldungsverordnung 1992
- LQS und andere Spezialaufgaben sollen nach Aufwand entschädigt werden (exkl. Schulreferent).

Der zeitliche Aufwand, den ein Mitglied des Schulrates für das lohnwirksame Qualifikationssystem zu leisten hatte, beträgt 20% des Gesamtaufwandes. Das zeigt, dass die restlichen 80 Prozente eben in den letzten 10 Jahren andere Gebiete umfassten. Sie waren zwar in der Vorlage notiert, wurden jedoch kaum zur Kenntnis genommen.

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass man diese Vorlage möglichst rasch jetzt vorziehen sollte, weil die Termine bezüglich der selbstverständlich parallel zu erfolgenden strukturellen Schritte ja festgelegt sind. Die Aufträge sind auch schon erteilt.

Zum Zeithorizont: In den Herbstferien müsste da eine wirklich pragmatische Lösung vorliegen, auf Ende Dezember 2000 gemäss Ihrem Auftrag eine Orientierungsvorlage über die drei Punkte, die ich Ihnen genannt habe, und gleichzeitig kann man dort auch schon Wegweisung, Zielsetzung und Fahrplan für die Erfüllung der Motion Rohner ebenfalls festlegen.

Die Haltung des SR habe ich wieder in den Stadtschulrat hinein getragen. Letzterer hat zur Kenntnis genommen, dass der SR jetzt das Heft in die Hände nehmen will und muss. Ich habe nach der Abstimmung in verschiedenen Interviews meine Meinung dargelegt. Von "Stummfilm" und keine Meinung vertreten kann nicht die Rede sein.

Der Stadtschulrat hat am letzten Donnerstag nach einer 2 1/2-stündigen Diskussion über ein Abgeltungsmodell nach Aufwand befunden und ein Modell als tauglich angeschaut, aber er bleibt beim Grundsatz und hat es bekräftigt, dass kein neuer Vorstoss bzw. keine materielle Forderung aus dem Schosse des Stadtschulrates erfolgen werde. Ich verstehe die Haltung des Stadtschulrates. Man muss auch sehen, dass wir mit einer neuen Equipe antreten werden, welche dies u.U. anders formuliert.

Zu den Terminen:

Die neue Vorlage des Stadtrates soll in den Herbstferien dem Parlament zugeleitet werden, sodass wir sie "subito" im Parlament beraten können. Der Stadtrat hat heute festgelegt, dass die Inkraftsetzung der Übergangslösung per 1. Januar 2001 erfolgen soll.

Zu den Fragen der Interpellanten:

Das kann ich kurz und summarisch machen.

Zur Frage 1 Ist der SR bereit, diesem Geschäft sehr hohe Priorität beizumessen?

Antwort: Der Stadtrat misst dem Geschäft sehr hohe Priorität ein. Ich möchte darum auch Sie im Interesse der Schule und zur Beruhigung in dieser ganzen Angelegenheit einladen, dasselbe zu tun und jetzt nicht gewisse Dinge, von denen auch ich persönlich nicht genau weiss, welches die wahren Hintergründe sind, auf die lange Bank zu schieben.

Zur Frage 2 Wann gedenkt der Stadtrat den mit der Motion Rohner geforderten Bericht und Antrag zur Reorganisation des Stadtschulrates vorzulegen?

Antwort: Teile davon werden Ihnen ja schon in der Orientierungsvorlage Ende dieses Jahres dargestellt. Wir können aber nicht alles auf Ende Jahr bereitstellen. Dies wird im Laufe des Jahres 2001 der Fall sein. Der Knackpunkt dieser ganzen Auseinandersetzung - nämlich die Auslagerung des LQS - wird bis Ende des nächsten Jahres nicht beseitigt sein. Das liegt aber nicht an einem schlafenden Schulreferenten oder einem unfähigen Schulrat, sondern das hängt davon ab, dass wir übergeordnetes Recht haben.

Ich habe mich beim Erziehungsdepartement in dieser Sache bemüht. Im Anschluss an eine Unterredung mit den Herren J. Geier, Chef Schulamt und Dr. R. Rohner, Departementssekretär von Ende Mai habe ich vom Vorsteher des ED einen Brief bezüglich der Zuständigkeit für die Beurteilung der Lehrpersonen erhalten. Ich zitiere aus diesem Brief:

"Unzulässig wäre unseres Erachtens eine Delegation dieser Aufgabe an Private im Sinne einer Auslagerung.

.... Eine Delegation an eine entsprechend fundiert ausgebildete und mit (auch pädagogischen) Kompetenzen und Verantwortlichkeiten ausgestattete Schulleitung bzw. an Schulleiterinnen und Schulleiter ist zulässig. Die Gesamtverantwortung für die Lehrerbeurteilungen würde dabei nach wie vor bei der Schulbehörde liegen.

Eine entsprechende Ausbildung der Schulleiterinnen und Schulleiter und eine Umsetzung in der Praxis an allen Schulen der Stadt würde nach unseren Schätzungen ungefähr 4 - 5 Jahre in Anspruch nehmen. Mit Einsparungen wäre kaum zu rechnen."

Bezüglich Zeithorizont bin ich persönlich überzeugt, dass man diesen etwas herunter nehmen kann. Was den finanziellen Aufwand betrifft, so ist folgendes zu berücksichtigen: Wenn Sie die lohnwirksame LehrerInnen-Qualifikation von der Schulbehörde in den Schoss der Schulleitung transferieren, dann macht letztere diese auch nicht gratis. Dann müssen wir mit Stundenentlastungen und Funktionszulagen operieren und am Schluss - Max Zimmermann - sehen wir uns wieder dort, wo wir am 4. April 2000 standen!

Noch einmal: Der Bericht (Erfüllung Motion Rohner) - soweit es geht - muss im Lauf des Jahres 2001 exklusive dieses LQS-Thema erscheinen. Ich weiss, dass auch der neu gewählte Schulpräsident, der jetzt einen guten Vertrauensbeweis erhalten hat, dafür sorgen wird, dass dieses Tempo beschleunigt werden kann. Ich hoffe, dass sich der Kanton dieser Problematik auch bewusst ist.

Zur Frage 3 Wird der SR dafür besorgt sein, dass alle aufgrund der geltenden Schulgesetzgebung zur Verfügung stehenden Reorganisationsmöglichkeiten mit einbezogen werden, um den Mitgliedern des Stadtschulrates, samt dem Präsidialamt, den Vollzug der ihnen als Schulbehörde zukommenden Aufgaben auch in Zukunft im Nebenamt zu ermöglichen?

Antwort: Das Ziel ist klar - Schulbehörde im Nebenamt. Sie soll sich künftig auf bildungspolitische Inhalte und strategische Aufgaben konzentrieren können und nicht auf operative Dinge, die man wirklich im Sinne einer Kompetenzdelegation auch in den Quartieren ausüben kann. Wenn man das Nebenamt im Sinne von Ehrenamtlichkeit aufrecht erhalten will, ist diese Delegation in die Schulhäuser unumgänglich. Wir machen dies in zwei Etappen. Das erste Paket werden wir Ihnen im Dezember vorlegen. Ab dem neuen Schuljahr besteht die Absicht, gewisse organisatorische, operative Geschäfte direkt vor Ort erledigen zu lassen, was zu einer gewissen Entlastung des Stadtschulrates führen muss. In welchem Mass dies geschehen kann, kann ich Ihnen heute nicht quantifizieren. Die Probleme in unseren Schulen nehmen jährlich zu.

Jetzt hätte ich noch die Stellungnahme zur Motion, die ich entsprechend Ihrem Willen bis zur Behandlung unter Traktandum 2 zurückhalte.

Gleichwohl noch ein Schlusswort, welches ich gerne mit der Antwort des SR zur Motion verknüpft hätte.

Ich appelliere an Sie: Wir stehen gemeinsam in der Pflicht, Stadtrat und Parlament. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie - über die Parteigrenzen hinweg - für eine konstruktive, pragmatische Lösung Hand bieten.
Ich danke Ihnen."

Josef Eugster (SVP) beantragt Diskussion.
Der Rat folgt diesem Antrag stillschweigend.

Roland Schöttle (FDP) wendet sich an SR Widmer.

"In der Beantwortung der Frage 3 haben Sie von der Schulbehörde im Nebenamt gesprochen. Ist darin nach Ihrem Verständnis auch der Schulpräsident eingeschlossen? Ich möchte vom SR explizit hören, dass das Amt des Schulpräsidenten auch in Zukunft im Nebenamt angestrebt werden soll."

Stadtrat W. Widmer

"Die Evaluation bezüglich der zeitlichen Belastung des Präsidiums liegt bei 60 - 70%. Das ist das Mass beim heutigen System. Eine Vollzeitstelle kommt in diesem Sinne nicht in Frage. Es ist auch nicht die Absicht des Stadtrates. Aber Sie haben ja selber zu Recht gesagt, dass wir das Ganze irgendwann anschauen müssen, wenn wir die Stellenvolumina im Stadtrat überprüfen. Wenn die beabsichtigte neue Struktur im Stadtrat erfolgt, dann gibt es wieder eine neue Ausgangslage. Ich könnte ja auch auf die Verfassung pochen und die ganze Geschichte einmal umkehren. Man wirft mir vor, dass ich gemäss Verfassung nur zu 50 Prozent angestellt bin, obschon ich mit 100 - 120 Prozenten die Arbeit verrichte. Ich könnte sagen, gemäss Verfassung habe ich den Anspruch, ein zweites 50%-Pensum in der Privatwirtschaft oder wo auch immer zu erfüllen. Das kann ich aber nicht. Das Ausklinken aus dem Stadtschulrat ist auch kein Weg, weil dann die Koordination zwischen Schulrat und Stadtrat nicht mehr gewährleistet ist."

Max Zimmermann (parteilos) Votum

"Stadtrat Widmer hat mich zitiert: "Wir treffen uns wieder". Ich möchte voraus schicken, dass ich damals eindeutig gegen das LQS Stellung bezogen habe. Ich war nicht einverstanden, wie die Frage entschieden wurde, wer diese Qualifikation vorzunehmen hat. Welche Aufgabe hat denn heute ein Schulinspektor? Dieser war früher der Boss der Lehrer.

SR Widmer weiss, dass ich seinerzeit eine Kommission präsiert habe, welche sich mit neuen Strukturen für den Stadtschulrat befasst hat. Wir haben damals schon der Schaffung der Stelle eines pädagogischen Mitarbeiters zugestimmt, wir haben die Anzahl der Stadtschulratsmitglieder erhöht. Irgend etwas hat dann nicht funktioniert. Der pädagogische Mitarbeiter ist ausgezogen. Im Schulamt hat es Theater gegeben. Die Stadtschulratsmitglieder sind überlastet. Es ist bemühend, dass wir heute wieder über dieses Thema sprechen müssen. Ich bin aber froh, dass dieses Problem endlich genau analysiert und bearbeitet wird. Ich möchte an die Adresse der linken Seite noch klar festhalten: Die Probleme, die heute von den Stadtschulratsmitgliedern gelöst werden müssen, hängen mit dieser Multikultur, die wir heute haben, zusammen.

Iren Eichenberger (OeBS) Votum

"Max Zimmermann hat eine Vermutung geäußert, weshalb die geänderten Strukturen nicht gegriffen haben. Er hat gesagt, schuld sei die multikulturelle Gesellschaft. Ich bin nicht seiner Meinung. Wir wissen, dass vor allem diese verschiedenen Projekte, die der Stadtschulrat begleiten muss, sehr zeitintensiv sind. Ich nenne z.B. die teilautonome Schule, die Einführung der Computer - das sind durchaus wirtschaftsfreundliche Projekte - sowie das Frühfranzösisch. Da kann man gewiss sagen, das hat nichts mit Multikultur zu tun, sondern das ist ein sehr freundeidgenössischer Versuch."

Roland Schöttle (FDP) Schlusswort im Namen der bürgerl. Fraktionsgemeinschaft
"Ich erlaube mir eine kleine Ergänzung zur Geschichte. Es ist Tatsache, Herr Stadtrat Widmer, dass die Einreichung der Motion Rohner Aktivitäten ausgelöst hat zur Problemlösung im Stadtschulrat und im Schulamt. Es ist hinlänglich bekannt, dass nach Einreichung der Motion die sog. Vorlage, die damals dann angekündigt war und von uns als gesamtheitliche Vorlage interpretiert wurde, im Schnellzugtempo geboren wurde. Insofern nehmen wir Ihren Rat, auf parteiübergreifende, konstruktive Arbeit einzugehen, so zur Kenntnis, dass wir den Auslöser gebracht haben, dass auf dem parlamentarischen Weg endlich etwas gegangen ist.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Stadtrat beabsichtigt, eine Vorlage zur Entschädigungsfrage bis zu den Herbstferien zu unterbreiten. Wir meinen, die Aussage so interpretieren zu wollen, dass die Struktur-Vorlage im nächsten Jahr kommt, dass nächstes Jahr auch Frühjahr sein könnte. Unser Wunsch wäre und bleibt, dass diese Sache in der Gesamtheit dringlich behandelt wird. LQS ist nur am Rande ein Hemmnis, weil damit noch längere Zeit gelebt werden muss, wie immer es auch herauskommen mag. Man muss das Problem so oder so schnell angehen. Wenn das LQS allenfalls je wieder abgeschafft würde, was ich persönlich nicht glaube, dann müsste man zu gegebener Zeit wieder reagieren. Wir bitten Sie, diese Frist 2001 kurzfristig zu interpretieren.

Wir glauben, dass wir mit der Beantwortung unserer Interpellation durch den Stadtrat zufrieden sind. Wir danken dem Stadtrat dafür und hoffen auf die konkrete, rasche Umsetzung der gesamtheitlichen Lösung."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Das Stichwort hat Roland Schöttle geliefert - LQS und gesetzlicher Auftrag. Es ist ja eine Motion von Gerold Meier im Grossen Rat deponiert worden, der die Abschaffung des LQS verlangt hat. Zum ersten wurde dieser Motion der Dringlichkeitscharakter abgesprochen und zum zweiten kann ich Ihnen mitteilen, dass im Grossen Rat - zumindest aus der politischen Ecke, aus der ich stamme - dieser Motion gar keine Sympathien entgegen gebracht werden; und zwar einfach darum, weil die Bildungspolitik und die Qualifikation der AusbilderInnen ernst genommen werden müssen, und weil wir uns effektiv darum kümmern müssen, die Ausführungsvorschriften im LQS vielleicht noch anzupassen, aber nicht das ganze LQS über Bord zu werfen. Das wäre das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Ich bin sehr froh um die sachliche Diskussion bis heute. Ich muss den Schulreferenten hier unterstützen. Wir haben eine Aufgabeninflation in der Schule, wir haben einen gesetzlichen Auftrag, der nicht revidiert werden kann in dieser kurzen Zeit. Es wäre auch nicht sinnvoll, wenn er in der anvisierten Art revidiert würde. Wir haben natürlich auch ein erhöhtes, gesellschaftlich heikles Umfeld, in dem sich die Schule bewegt.

Frau Eichenberger hat es angesprochen. Jetzt haben wir auf der anderen Seite unseren festen Willen, dass diese Schulratstätigkeit weiterhin im Milizsystem betrieben wird. Das ist ein politischer Wille, den wir haben. Nur müssen wir sehen, dass die Aufträge und die Vermehrung des Aufwandes in diesem Schulrat in irgend einer Form vernünftig abgegolten werden müssen. Es ist uns klar, dass die Pauschalierung, die wir im Auge gehabt haben, Schiffbruch erlitten hat. Selbstverständlich werden wir Ihnen einen Weg zeigen, der aufwandmässig wesentlich tiefer und anders liegt - nicht bei der Pauschalierung, sondern bei der Erfassung des effektiven Mehraufwandes. Das würde dann auch die Basis bilden, um zum späteren Zeitpunkt strukturell die Entscheidungsgrundlagen zu haben. Das sind die wichtigsten Elemente. Wir müssen schauen, dass wir zu einer Lösung kommen. Es geht jetzt um die Schule und um die Qualität der Schule, d.h. auch um die Qualität eines ganz wichtigen Dienstleistungszweiges in der Stadt Schaffhausen."

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Darf ich dem Stadtpräsidenten einen Wunsch in den Grossen Rat mitgeben? Bei der Vernehmlassung zum LQS-Problem wurde die Lehrerschaft mit einbezogen. Die LehrerInnen-Vertreter der Orientierungsstufe haben in der Vernehmlassung klar gesagt: Wir stehen hinter dem LQS, aber ausgeführt durch Schulinspektoren und nicht durch Laien irgendwo her. Zusätzliche Schulinspektoren wurden jedoch im Grossen Rat abgelehnt. Da hast Du mit abgestimmt, Max Zimmermann. Jetzt musst Du nicht fragen: Wo sind sie? Jetzt müsst Ihr Euch bei der Behandlung der Motion Meier dafür einsetzen, dass mehr Schulinspektoren eingesetzt werden. Dann ist das Problem gelöst."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 MOTION Kommissionsminderheit ex SPK
"Anpassung der Entschädigungen für Schulpräs.
und Mitglieder des Stadtschulrates" vom 15.08.00 -
Strukturereform Stadtschulrat/Anpassung der
Entschädigungen für das Schulpräsidium und
die Mitglieder des Stadtschulrates

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident Motionsbegründung *

"Ich nehme die Gelegenheit wahr, die Motion als Vertreter dieser Gruppierung zu begründen. Wir halten uns an die Geschäftsordnung; es wird nur ein Vertreter sprechen. Ich hoffe, dass die GO künftig eingehalten wird - allf. Abweichungen sind vorher im Büro zu besprechen.

Wie Sie aus der Motion ersehen können, stammt sie von den Mitgliedern der ex SPK, die nicht den bürgerlichen Fraktionen angehören. Leider nicht von der gesamten SPK. Sie wissen warum: Die bürgerlichen Fraktionen waren nicht bereit, mit uns und den VertreterInnen der Mitte einen Auftrag an den Stadtrat zu formulieren. Man wollte ein eigenes Züglein fahren und hat dieses bedauerlicherweise bereits vor der SPK-Sitzung - zu welcher der freisinnige Kommissionspräsident eingeladen hat - auf die Reise geschickt, was vor 14 Tagen zum Eklat in diesem Rat führte. Wir haben unserem Unmut über diesen Umgangsstil an der letzten Sitzung des Rats Luft gemacht.

Wir sind mit dem festen Vorsatz heute hierher gekommen, nur noch zur Sache selbst zu reden. Sie haben es uns mit Ihrem Vorgehen jetzt zur Traktandenliste wieder etwas schwer gemacht. Ich möchte trotzdem das letzte Votum von Roland Schöttle aufnehmen. Er hat dort das Wort der parteiübergreifenden Zusammenarbeit im Munde geführt. Wir hoffen, dass Sie diese Worte künftig nicht nur im Munde führen, sondern auch den Tatbeweis liefern. Jetzt zur Sache.

Wenn Sie den Text der Motion mit demjenigen der heute soeben behandelten Interpellation vergleichen, stellen Sie fest, dass wir inhaltlich gar nicht so weit voneinander entfernt sind: Es geht darum, diejenigen Personen korrekt zu entschädigen, welche sich trotz einem politisch schwierigen Umfeld bereit erklärt haben, sich während den nächsten vier Jahren im Stadtschulrat für unsere Schulen einzusetzen. Gleichzeitig geht es darum, den Auftrag an den Stadtrat für eine Strukturreform der Schulbehörde, den wir mit der Motion Rohner bereits erteilt haben, zu beschleunigen. Der Hauptunterschied der beiden Vorstösse liegt im Vorgehen: Wir haben das Mittel der Motion gewählt. Wir wollten uns nicht mit einer Interpellation begnügen. Diese vermag zwar politischen Druck auszuüben, kann aber rechtlich nicht bindend sein. Die Motionärinnen und Motionäre waren und sind der Meinung, dass nach dem Abstimmungsdebakel nicht nur der Stadtrat in Verantwortung steht, sondern auch wir als Stadtparlament. Auch wenn einzelne Parteien sich kurz vor dem 23. Juli noch von unserem Beschluss abgesetzt haben, gilt es doch noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass dieser Rat die Vorlage des einmütigen Stadtrates - es war keine Vorlage von Werner Widmer, sondern eine des Gesamtstadtrates - mit nur einer Gegenstimme verabschiedet hat.

Wir wollen unsere Versprechen, welche wir vor der Abstimmung abgegeben haben, nach einem Scheitern der Vorlage zugunsten der Schulen schnell nach einem Ausweg aus der verfahrenen Situation zu suchen, einlösen. Für uns ist das eine Frage der Glaubwürdigkeit, der Fairness gegenüber den Stadtschulratsmitgliedern und eine Frage der Verantwortung gegenüber den Schulen, Kindern und Lehrpersonen dieser Stadt.

Wir erwarten dies auch von unseren bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. Wir nehmen Sie beim Wort. Um Ihnen Ihre Erinnerung etwas aufzufrischen, habe ich mir die Mühe gemacht, Ihre vor dem 23. Juli publizierten Aussagen zusammenzutragen: Stellvertretend für die Parteien, welche die NEIN-Parole beschlossen haben, nachdem sie im Rat zugestimmt haben, zitiere ich den Parteiversammlungsbericht der FDP (SN vom 08.07.2000): „*Es wurde darauf hingewiesen, dass die Belastung der Mitglieder des Stadtschulrates erheblich angestiegen sei und dies nicht alleine wegen des LQS. Unbestritten war auch, dass die Entlohnung des Stadtschulrats neu geregelt werden muss. Bei einer Ablehnung sei deshalb umgehend nach einer neuen Lösung zu suchen (...).*“ Wir sind bereit, zusammen mit Ihnen eine solche neue Lösung zu suchen und zwar umgehend. In unserem Motionstext ist der Weg dazu aufgezeichnet.

Ich weiss, wir stehen vor Gesamterneuerungswahlen, und da wollen sich einige Mitglieder dieses Rates in dieser Sache nicht zu sehr aus dem Fenster lehnen. Man könnte ja nach Köbi Deppe der Nächste sein, der in den Spalten eines Gratisanzeigers zur "Schnecke" gemacht wird. Hier ist nun aber Zivilcourage gefragt! Wir dürfen uns im wahrsten Sinne des Wortes nicht ins „Bockshorn“ jagen lassen!

Die Eckdaten sind bekannt und unbestritten. Ich habe das jetzt auch aus den Voten der Interpellanten gehört. Aufwand und Entschädigung der Stadtschulratsmitglieder stehen in einem krassen Missverhältnis. Das ist auch nach der Volksabstimmung immer noch so. Hierzu ein Zitat von GrSR Raphaël Rohner aus der Debatte vom 07.03.2000 zu seiner Motion: *„Als Entschädigung für all diese Aufgaben erhält nun jedes Mitglied des Stadtschulrates jährlich pauschal Fr. 10'500.00 zugesprochen. Dies entspricht unter Berücksichtigung der anspruchsvollen Arbeit, die es von der Schulbehörde zu erledigen gilt, ungefähr einem Arbeitspensum von 10%. Die effektive zeitliche Belastung jedes Behördenmitgliedes wird sich aber selbst bei vorsichtiger Schätzung wenigstens um die 25 – 30 % bewegen. Dass hier Handlungsbedarf besteht, ist wohl klar. Die Präsidentin des Stadtschulrates verfügt über ein 40% Stellenpensum. In Tat und Wahrheit bewältigt sie in Spitzenzeiten nahezu ein volles Pensum.“*

Diese Fakten dürfen wir trotz des Abstimmungsmisserfolges und der löblichen Bereitschaft all jener, welche sich in diesem politisch schwierigen Umfeld bereit erklärt haben, sich der Wahl in den Stadtschulrat zu stellen oder sich schon gestellt haben, nicht negieren. Nehmen wir uns den Appell des bereits einmal zitierten FDP-GrSR Raphaël Rohner in unserer Debatte vom 07.03. zu Herzen: *„Wir dürfen von diesen hilfsbereiten Geistern nicht länger erwarten, dass sie diese wertvolle Arbeit quasi zu einem karitativen Tarif erledigen.“* Dem ist aus unserer Sicht eigentlich nichts mehr beizufügen.

Eine Strukturreform, welche wir mit Ziff. 1 unserer Motion zeitlich beschleunigen möchten, kann realistisch gesehen nicht schon bei Beginn der neuen Legislaturperiode greifen. Darum muss für die Entschädigungsfrage eine Übergangslösung gefunden werden. D.h. die Politik ist gefordert, die anspruchsvolle Arbeit der Schulbehördemitglieder bis zum Inkrafttreten neuer Strukturen korrekt abzugelten. Hierzu hat uns der Stadtrat einen neuen, mehrheitsfähigen Vorschlag zu unterbreiten. Das wurde unterdessen in Aussicht gestellt. Wenn wir im Text der Motion von den vom Volk gewählten Mitgliedern des Stadtschulrates sprechen, ist damit der Schulreferent von der Neuregelung der Entschädigung explizit ausgeschlossen. Während dem man beim Schulratspräsidium aufgrund des zur Zeit ausgewiesenen hohen Pensums kaum um eine Pensenerhöhung herumkommen wird, sollen für die übrigen Schulratsmitglieder unserer Meinung nach aufwandbezogene Elemente für eine korrekte Entschädigung im Vordergrund stehen.

Mit Ziff. 1 unserer Motion setzen wir eine verbindliche Frist für eine Orientierungsvorlage zu einer Strukturreform der Schulbehörde, d.h. für die Erfüllung der Motion Rohner. Es gibt verschiedenste Möglichkeiten, diese Strukturen zu verbessern. Hierüber gehen auch bei uns die Meinungen auseinander. Die einen würden eine Abkoppelung der Schulbehörde vom Schulreferat begrüßen, andere sehen die Lösung eher in einem weiteren Zusammenführen dieser Gremien. Dies wird zwangsläufig Auswirkungen auch auf die Pensen der Schulratsmitglieder haben. Die Diskussion, wohin es mit diesen Strukturen gehen soll, werden wir in diesem Rat zu führen haben. Dass hier ein Schnellschuss keinen Sinn macht, sollte eigentlich allen klar sein. Schliesslich wollen wir eine Regelung für die Zukunft finden. Hierzu gehören auch die Delegation von Aufgaben an die Schulleitungen und das LQS, wozu uns SR Widmer die Stellungnahme des kantonalen Erziehungsdepartementes vorgetragen hat.

Es ist klar, dass diese Dinge, welche einen gewichtigen Einfluss auf die Pensen der Stadtschulratsmitglieder haben, nicht innert weniger Wochen oder Monate geändert werden können.

Offensichtlich ist der Stadtrat bereit, unsere Anliegen aufzunehmen und rasch Vorschläge zu präsentieren. Das freut uns und wir schöpfen heute Hoffnung, dass dieses Thema wieder versachlicht wird.

In diesem Sinne beantragen wir Ihnen, unsere Motion erheblich zu erklären."

Peter Neukomm (SP) Fraktionserklärung

"Die SP-Fraktion wird diesem Antrag folgen und einer Überweisung der Motion zustimmen."

Stadtrat Werner Widmer Antwort des Stadtrates

"Ich teile Ihnen die Haltung des Stadtrates mit. Es wird Sie nach den längeren Ausführungen, die ich zur Interpellation gemacht habe, nicht überraschen, dass der Stadtrat bereit ist, die in der Motion aufgeführten Postulate aufzunehmen. Er empfiehlt deshalb dem Parlament die Annahme der Motion.

Nochmals stichwortartig

zu Punkt 1: Es ist eine Orientierungsvorlage gefordert. Da möchte ich noch einmal präzisieren auch bezüglich deren Terminierung bis Ende 2000. Da kann es sich lediglich darum handeln, jene drei Punkte in diese Vorlage aufzunehmen, welche wir am 4. April 2000 schon entgegen genommen haben. Es ist aber unser Ziel, darin ergänzend die Zielsetzungen, Wegweisungen und den Fahrplan zur Erfüllung der Motion Rohner zu skizzieren. Mehr ist nicht möglich, weil die Zusammenarbeit mit dem Kanton eine wesentliche Voraussetzung dazu ist.

Zu Punkt 2 der Motion - Anpassung der Entschädigung.

Es ist die Absicht der SR, Ihnen eine Übergangslösung mit Aufwandkomponente vorzuschlagen. Ich habe Ihnen den Zeithorizont dargestellt - Herbst 2000. Die Inkraftsetzung soll nach Ansicht des SR per 1. Januar 2001 erfolgen.

Es ist die Absicht, den Sockelbetrag 92 stehen zu lassen und den zusätzlichen Aufwand, der ausgewiesen ist aufgrund der Arbeitszeitanalyse beispielsweise und aufgrund des LQS separat zu entschädigen. Das heisst nicht, dass man das nach oben bis in den siebten Stock tun kann. Der SR wird selbstverständlich ein Kostendach festlegen. Dieses Kostendach wird einiges unter jenem liegen, was in der gescheiterten Vorlage drin enthalten war."

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Ich möchte lediglich eine Anregung machen zur Strukturreform im Schulrat. Früher war es so geregelt, dass der Schulpräsident gleichzeitig auch Schulreferent war. Heute ist das irgendwie nicht mehr möglich. Der Schulreferent im Halbamt kann mit den anderen 50% machen, was er will. Wenn er sich dann zur Verfügung stellt oder wählen lässt als Schulpräsident, frage ich mich, weshalb dies nicht mehr möglich ist in der Stadt Schaffhausen. Im Kanton funktioniert das wunderbar. Der Erziehungsdirektor ist gleichzeitig Präsident des Erziehungsrates, Präsident der Kommission der Gewerbeschule, Präsident der Kantonsschule.

In der Stadt hat man einmal gesagt, wegen der Verfilzung müsse das Schulpräsidium und das Amt des Schulreferenten getrennt werden. Ich sehe das nicht ein. Weshalb führt man dies nicht zurück? Dies könnte eine Einsparung bringen, Synergien schaffen und die ganze Sache entspannen. Bei all den Gedanken in den nächsten vier Jahren, was wir hier machen wollen, wäre dies auch eine Überlegung wert.

Ich möchte noch bekannt geben, dass ich mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten werde."

Roland Schöttle (FDP) Fraktionserklärung

"GrSR Peter Neukomm hat Recht, wenn er sagt, dass die Interpellation zu keinen eigentlichen Verbindlichkeiten führt. Wir gehen aber mit den Aussagen eines Stadtrates, die protokolliert sind, so um, dass wir sie als verpflichtend für den Stadtrat empfinden. Wir haben diese Aussagen, die er gemacht hat, als befriedigend zur Kenntnis genommen. Wir stellen fest, dass die Motion von Eurer Seite die Identität hat mit den Aussagen, die der Stadtrat gemacht hat. Weil wir wollen, dass der Stadtrat tatsächlich verpflichtet wird zu dieser ganzen Sache, werden sich die Mitglieder der FDP-Fraktion dieser Motion anschliessen."

Peter Käppler (SP) Votum *

"Die erschütternde Ablehnung unserer Vorlage im Juli ändert nichts an der während der Beratung im Parlament festgestellten Ausgangslage, dass die vom Volk gewählte Schulbehörde unserer Stadt eine im Vergleich zu ihrer Bezahlung unverhältnismässige Arbeitslast hat.

Nebst der Feststellung der ungenügenden Entschädigung hat dieses Parlament schon verschiedentlich festgehalten, dass die Strukturen der Schulbehörde verändert werden müssen. Wir alle aber wissen, dass die Änderung der Strukturen nicht sehr schnell von statten gehen kann, da diverse Vorgaben des Kantons und unserer Stadtverfassung eingehalten oder zuerst geändert werden müssen. Daher haben wir uns auf ein Vorgehen geeinigt, bei dem einerseits die rasche Entwicklung der neuen Strukturen und andererseits eine schnelle Lösung des Problemes der Entschädigung der Ratsmitglieder angegangen werden soll.

Denken wir daran, unsere Schule braucht eine gut funktionierende Schulbehörde. Bekanntlich ist es nicht leicht, Leute für den Stadtschulrat zu finden. Dies zeigt, dass sich bei der Wahl am vergangenen Sonntag nur ein Kandidat für das Schulpräsidium bewarb. Für die Wahl der übrigen Mitglieder des Stadtschulrates zeichnet sich auch kein Run ab.

In der Kommission und im Rat habe ich im Namen der SP das Versprechen abgegeben, dass wir unsere Aufgabe ernst nehmen und gut qualifizierte Leute für diese Ämter vorschlagen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dieses Versprechen haben wir eingelöst und es wird mit dem Vertrauensbeweis, den die Schaffhauser StimmbürgerInnen am vergangen Sonntag dem neuen Schulpräsidenten abgaben, untermauert.

Es ist die Aufgabe des Parlamentes, die Rahmenbedingungen für diese Behörde so festzulegen, damit diese annehmbare Konditionen erhält. Dies ist das Versprechen und die erklärte Absicht dieses Parlamentes und aller Fraktionen und muss jetzt eingelöst werden.

Mit der Motion schlagen wir Ihnen einen Weg vor, wie raschest möglich die nötigen Massnahmen ergriffen werden können.

Einerseits unterstützen wir die Forderungen nach einer schnellen Reform der Schulratsstrukturen, wie sie in der heute behandelten Interpellation der bürgerlichen Fraktionen, der Motion Raphaël Rohner und dem Ratsbeschluss vom 4.4.00 gefordert wurden. Wir setzen eine verbindliche Frist und erhöhen so den Druck auf den Stadtrat, uns eine Lösung zu präsentieren.

Andererseits schlagen wir eine rasche und unkonventionelle Lösung zur Entschädigungsfrage vor, welche Hand zu einer Regelung bietet, bis die neuen Strukturen in Kraft treten.

Es wäre unehrlich und unzulässig, die Entlohnung der Stadtschulratsmitglieder vorerst auszuklammern. Damit würde dieses Parlament Wortbruch begehen.

Auf keinen Teil dürfen wir die Lösung dieses Teilbereiches der Reform der Schulratsstrukturen ausklammern oder auf den "Sankt Nimmerleinstag" verschieben.

Denn, auch wenn eine Abstimmung verloren gegangen ist, heisst dies nicht, dass wir jetzt nichts mehr machen müssen, denn als ParlamentarierInnen sollten wir aus einer Niederlage lernen und neue Varianten ausarbeiten. Dies ist unsere Aufgabe. Daher dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Auch bei der vom Volk abgelehnten VBSH-Vorlage wurde innert Kürze eine neue Variante ausgearbeitet, deren Behandlung morgen beginnt.

Die mit unserer Motion vorgeschlagene Lösung stellt eine Übergangslösung dar bis zur Einführung der neuen Strukturen. Eine Übergangslösung ist schon deshalb von Nöten, weil der neue Schulrat, der diese Reform wesentlich mit entwickeln muss, während dieser Zeit eher noch mehr Arbeit haben wird, die Strukturreform von Gesetzesänderungen in Stadt und Kanton abhängig ist und die ordentlichen Geschäfte auch erledigt werden müssen. Der Arbeitsaufwand des Stadtschulrates ist uns aus der Zeiterfassung hinlänglich bekannt.

Im Frühling dieses Jahres waren sich der Stadtschulrat, der Stadtrat und dieses Parlament einig, dass wir hier ein vordringliches Problem zu lösen haben. Es gibt keine Argumente, weshalb das nicht mehr so sein soll. Zeigen wir diese Einheit auch heute und unterstützen wir den pragmatischen Lösungsansatz der Motion. Eine einheitliche Zustimmung zur Motion bedeutet ein Zeichen des Vertrauens an die Schulbehörde und zeigt den StimmbürgerInnen der Stadt auf, dass wir bereit sind, aus Fehlern zu lernen und dass wir reaktionsfähig sind. Wir werden dafür gewählt, um Lösungen zu präsentieren und nicht zu prügeln - auch im Wahljahr."

Stadtrat Werner Widmer

"Ich muss der Form halber noch sagen, dass dieser Termin 26. September 2000 aus dem Motionstext heraus gestrichen werden muss. Die Gründe hierfür habe ich Ihnen dargelegt. Ich schlage Ihnen vor, den Text unter Punkt 2 der Motion wie folgt zu ändern: *dem Grossen Stadtrat bis Ende Oktober 2000 Bericht und Antrag zu erstatten... .*"

Erwin Sutter (EDU) Votum

"Der Stadtrat hat den Auftrag erkannt, er ist dringend und muss schergewichtig auf Reformen ausgerichtet sein. Da sind wir uns einig. Die Motion Rohner besteht und ist auch überwiesen worden. Die Termine der neuen Vorlage sind bereits vom Stadtrat genannt worden. Wir wissen auch alle, dass die Stadtschulratsmitglieder unterbezahlt sind und dass wir etwas tun müssen. Im Prinzip wäre eine weitere Motion unnötig. Gleichwohl werden wir dieser Motion zustimmen und sie überweisen - mit welchen Terminen auch immer."

Theresia Derksen Votum

"Eigentlich hätte man bereits bei der Einführung des LQS über die Entschädigung für diesen Mehraufwand sprechen müssen. Es war voraus zu sehen, dass damit eine Mehrbelastung verbunden ist, abgesehen von den übrigen Mehrbelastungen, von denen wir hier auch gesprochen haben. Für die CVP ist klar, dass eine Anpassung der Entschädigung vorgenommen werden muss, Priorität aber hat die Strukturreform. Wir freuen uns, dass uns SR Widmer eine baldige Vorlage - spätestens Ende Oktober - vorlegen wird.

Wir werden dieser Motion zustimmen."

Max Zimmermann (parteilos) Votum

"Für mich steht ausser Zweifel fest, dass die Arbeit der Stadtschulratsmitglieder unterbezahlt ist. Zweifellos hat jedoch beim negativen Volksentscheid der Faktor Kosten mit eine Rolle gespielt. Sie haben anlässlich der Beantwortung meiner Interpellation vor 14 Tagen gehört, was die Informatik in der Schule kosten wird. Der/die Stimmbürgerin und SteuerzahlerIn setzt hier schon gewisse Fragezeichen auch angesichts noch zu erwartender zusätzlicher Abgaben wie die Energiebesteuerung usw. Das Volk hat nicht einfach Nein zur Entschädigungsvorlage gesagt, weil man den Stadtschulratsmitgliedern keine Erhöhung gegönnt hätte. Ich wäre interessiert, von unserer Finanzreferentin zu hören, wie sie diesen Mehraufwand im Budget unterbringen will.

Ich möchte noch Folgendes sagen: Man hat uns gesagt, dass das gegenwärtige Pensum 30% betrage. Wäre es nicht gescheiter, die Anzahl der Stadtschulratsmitglieder zu erhöhen, damit das Pensum wieder gesenkt werden kann? Vielleicht würde man dann eher Leute finden, die bereit wären, im Stadtschulrat mitzuwirken. Das wäre zu diskutieren."

Stadträtin Veronika Heller

"Der Stadtrat hat das Budget 2001 noch nicht verabschiedet. Das heisst mit anderen Worten, dass Sie sich noch gedulden müssen bis zur Pressekonferenz am 13. September 2000. Dann werden wir die Zahlen offen legen. Aber heute kann ich Ihnen dazu im Detail noch keine Auskunft geben. Ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis."

Marlise Stöckli (EVP) Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB *

"Das Volk hat anders entschieden als das Parlament, und sicher gilt es, diese Volksmeinung zu berücksichtigen.

Das war wohl allen klar, die sich am 14. August in der Ex-Spezialkommission zur Beratung des weiteren Prozedere trafen. Klar war mir aber auch, dass es ein Zurück in die unveränderten, alten Bedingungen - ich will nicht sagen Zustände - beim

Stadtschulrat und Schulreferat nicht geben darf und dass die Motion von Raphaël Rohner nach wie vor ihre Berechtigung hatte und erfüllt werden sollte.

Wie die damalige angeregte Diskussion am 14. August zeigte, bestand unter den Kommissionsmitgliedern diesbezüglich Einigkeit. Konsterniert nahmen wir nicht bürgerlichen Mitglieder dieser Ex-SPK deshalb nach fast zweistündiger Diskussion zur Kenntnis, dass der bürgerliche Teil der Kommission die Motion nicht mehr unterstützen wollte und bereits eine viel unverbindlichere Interpellation eingereicht hatte.

Den weiteren Verlauf kennen Sie: Die für diese Interpellation nicht angefragten Kommissionsmitglieder sahen sich gezwungen, im Interesse einer möglichst bald greifenden, zufriedenstellenden Lösung - auch wenn es eine Übergangslösung sein sollte - die nun vorliegende Motion vom 15.8. einzureichen.

Die Argumente in der eingereichten Motion entsprechen mehrheitlich jenen, die bereits in der Diskussion der stadträtlichen Vorlage als Folge der Motion Raphaël Rohner eingebracht wurden, nämlich:

Es ist unbestritten, dass die Mitglieder des Stadtschulrates in einem Masse beschäftigt sind, das weit über die Möglichkeiten einer Milizbehörde hinaus geht. LQS hat dazu geführt, dass die einzelnen Mitglieder eine Arbeitsstundenzahl aufweisen, die mehr als einem 30%-Pensum entspricht. Um für dieses Amt genügend qualifizierte Personen zu finden, ist eine entsprechende Entschädigung wohl unumgänglich.

Viele Mitglieder der OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion sahen schon bei der ursprünglichen Vorlage in der pekuniären Aufwertung der Schulratsmandate nicht die Lösung der Problematik und schon gar nicht die ganze Lösung. Zudem sahen sie die Gefahr, dass mit jener Vorlage die Entschädigung wieder so festgelegt werde, dass sie dem tatsächlichen Aufwand schon bald nicht mehr entspreche. Die OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion machte darum den Vorschlag, die Höhe der Entschädigung zeitlich zu limitieren und die Strukturen grundsätzlich unter die Lupe zu nehmen.

Die nun vorliegende Motion knüpft auch an diesen Vorschlag an, indem sie noch nichts festlegt, was morgen bereits überholt ist. Trotzdem müssen die jetzigen Strukturen überprüft und die nötigen Reformen dem Grossen Stadtrat unterbreitet werden.

Bereits im Oktober 2000 erwartet der Grosse Stadtrat Bericht und Antrag betreffend Anpassung der Entschädigung für die Mitglieder des Stadtschulrates, inkl. Präsidium. Dass eine Anpassung erfolgen muss, dürfte wenig umstritten sein. Die Gründe für die nötige Anpassung sind dieselben, wie sie in den SN beschrieben werden, die am 17.8.2000 auf einer Seite titelt: "Im Kanton Zürich laufen die Schulpfleger davon." Uns könnte das nicht anders gehen. "Die Arbeitgeber sind immer weniger grosszügig betreffend Freistellung ihrer Angestellten für politische Funktionen, und das Amt des Schulpflegers oder der Schulpflegerin erfordert immer mehr Aufwand. Und es ist auch hier nicht nur das LQS, das mehr belastet. Die Eltern verlangen mehr Gespräche, und die Schulbehörden müssen sich mehr nach aussen erklären."

Dies ist aus dem Kanton Zürich zu hören, wo nach der Hälfte der vierjährigen Amtszeit in den 171 Gemeinden bereits 239 Schulpflegemitglieder zu ersetzen sind, weil sie den Bettel hingeworfen haben. Der Arbeitsaufwand für die Schulpräsidien in den Städtzürcher Kreisen soll gemäss SN zwischen 120 und 140 % betragen. Ende September stimmt Winterthur über eine Schulbehördenreform ab, und in Zürich steht ebenfalls eine Reorganisation des Schulpflegebereichs an.

Auch wenn die Schaffhauser Verhältnisse noch nicht ganz jenen ennet dem Rhein entsprechen, tut Schaffhausen gut daran, die Reform der städtischen Schulbehörde zügig an die Hand zu nehmen. Die vorliegende Motion gibt dem Stadtrat den nötigen konkreten Auftrag.

Darum bitte ich Sie im Namen der OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion, diese Motion zu überweisen."

Gertrud Walch (SVP) Votum

"Ich erlaube mir, mich auch noch zu Wort zu melden, einerseits, weil ich selber im Schulbereich tätig bin und andererseits, weil ich mich vor 4 Jahren für ein Stadtschulratsamt zur Verfügung gestellt habe wegen der Arbeit, die interessant und verantwortungsvoll ist und nicht in erster Linie des Lohnes wegen. Ich stellte mir vor, neben meiner Lehrtätigkeit mit einem Zweidrittel-Pensum einen Tag für das Stadtschulratsmandat investieren zu können.

Ich bin in meiner Meinung gestärkt durch den Volksentscheid und durch die Stadtschulratsmitglieder, wonach bei einer Lösung nicht allein an eine Erhöhung der Entschädigung gedacht werden soll, sondern auch daran, den organisatorischen und administrativen Aufwand und damit das Pensum für die Mitglieder möglichst klein zu halten, damit dieses Mandat wirklich im Nebenamt wahrgenommen werden kann.

Ein grosses Anliegen ist mir, das legendäre, hohe Bildungsniveau in der Schweiz zu halten, wenn nicht sogar noch zu heben. Es darf nicht sein, dass das Bildungsniveau in der Schweiz sinkt, dass die staatlichen Schulen wie in Frankreich und England hinter den Privatschulen zurück bleiben. Es ist wichtig, dass unseren Jungen Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung, Kreativität und gewisse Grundwerte ethischer Art selbstverständlich sind. Da sind wir alle gefordert. Dabei ist weder das LQS, noch sind die Finanzen oder Schulversuche das alleinige Heilmittel. Wenn positive Versuche und Erfahrungen aus anderen Kantonen übernommen werden können, wird bei uns viel Arbeit wegfallen. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass alle, die sich angesprochen fühlen, in diese Richtung arbeiten."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung

"Ich versuche zur Motion zu sprechen. Die Motion ist nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat fast überflüssig. Ich kann Ihnen gleichwohl sagen, dass die SVP diese Motion mittragen wird. Ich habe noch zwei Bemerkungen anzubringen.

Zur Orientierungsvorlage: Ich erwarte in der Orientierungsvorlage die Absichtserklärung, wonach das Pensum der Stadtschulratsmitglieder max. 20 Prozent und dasjenige des Schulpräsidiums max. 50 Prozent betragen soll. Dann werden wir auch die Möglichkeit haben, Leute zu nominieren. Mit 30 oder mehr Prozent wird dies sehr schwierig sein.

Zum Punkt 2 der Motion: Da hat der Schulreferent einen neuen Termin hinein gebracht. Ich gehe davon aus, dass er die Motionäre noch fragen wird, ob sie mit dieser Änderung einverstanden sind."

Der Votant weist weiter darauf hin, dass die Formulierung *...., über eine Anpassung der Entschädigung für das Schulpräsidium und die vom Volk gewählten Mitglieder des Schulrates,* noch zu modifizieren sei, da auch das Schulpräsidium vom Volk gewählt werde.

"Bezüglich der sog. Entschädigungs-Vorlage gehe ich klar davon aus, dass keine vorherigen Anpassungen in Eigenkompetenz des Stadtrates vorgenommen werden. Wir hatten einmal ein Fest in der heimlichen Hauptstadt von Schaffhausen - in Buchthalen - da wurde davon gesprochen, dass der SR allenfalls innerhalb seiner finanziellen Eigenkompetenz etwas beschliessen werde. Das kann es nicht sein, es gibt eine Vorlage an den Rat, und hier werden die diesbezüglichen Beschlüsse gefasst."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich möchte zu den Kosten etwas sagen. Kosten stehen immer im Raum. Ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass vieles, was sich in der Gesellschaft verändert, Auswirkungen auf die Schule hat. Wir sind diejenigen, welche diese Kinder in die Wirtschaft hinein führen müssen. Oft hinken wir hinten drein - auch wegen des Geldes. Das ist nicht gratis zu haben. Wenn man bedenkt, wieviel Geld die Wirtschaft für die Informatik ausgibt Es ist selbstverständlich, dass wir hier Geld in die Hand nehmen müssen. Wir können nicht nur immer davon reden, dass die Bildung sehr wichtig sei, dass man jetzt auch noch eine internationale Schule in Schaffhausen betreibe, dass dies ein Wirtschaftsförderungsargument sei usw.

Der Mehraufwand für die zusätzliche Entschädigung unseres Stadtschulrates ist im Vergleich zu den Gesamtausgaben unserer Stadt gering. Dies liegt sicher drin, das kann ich Ihnen als GPK-Präsidentin versichern. Es gibt verschiedene Kommunen, die kleiner sind als Schaffhausen, welche das Schulpräsidium im Vollamt führen. Ich habe aber schon anlässlich der Debatte am 4. April 2000 gesagt, dass der Stadtschulrat eine Milizbehörde bleiben soll, dieses 20 Prozent-Pensum muss auf jeden Fall angestrebt werden. Dann sind auch eher Leute zu finden. Aber dann ist es möglich, dass das Präsidium wirklich aufgewertet werden muss, wie das Raphaël Rohner auch schon gesagt hat."

Hier stellt **Hans Ith (SVP)** den Ordnungs-Antrag.

"Sprechen wir hier über die Motion oder über die gewünschte Vorlage? Ich bitte Sie, die Diskussion abzubrechen und über die Motion abzustimmen. Die Vorlage muss vom Stadtrat kommen. Er hat sicher gehört, welches die Forderungen sind."

ABSTIMMUNG über den Ordnungsantrag

Der Rat heisst den Antrag Ith mit **28 : 6 Stimmen** gut.

Damit ist die Diskussion beendet.

Die Ratspräsidentin fragt die Motionärinnen und Motionäre an, ob sie mit der von SR Widmer gewünschten Terminänderung in Punkt 2 der Motion einverstanden seien.

Peter Käppler (SP) erklärt, dass die Motionärinnen und Motionäre - wenn auch ungerne - die gewünschte Fristverlängerung *bis Ende Oktober 2000* akzeptieren.

Hinsichtlich des Votums von A. Zollinger bezgl. Formulierung *...., über eine Anpassung der Entschädigung für das Schulpräsidium und die vom Volk gewählten Mitglieder des Schulrates* erklärt P. Käppler, dass man mit dieser Formulierung explizit die von Amtes wegen einsitzenden Schulratsmitglieder - den Schulreferenten und den LehrerInnen-Vertreter - ausschliessen will.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion mit **44: 0 Stimmen** mit folgendem geänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, unter Einbezug des Stadtschulrates,

- 1. bis Ende 2000 dem Grossen Stadtrat eine Orientierungsvorlage über eine Strukturreform der städtischen Schulbehörde im Sinne der Motion Raphaël Rohner vom 15.02.2000, überwiesen am 07.03.2000, vorzulegen.*
- 2. dem Grossen Stadtrat bis Ende Oktober 2000 Bericht und Antrag zu erstatten, über eine Anpassung der Entschädigung für das Schulpräsidium und die vom Volk gewählten Mitglieder des Schulrates, mit welcher auf Beginn der neuen Amtsperiode eine korrekte, möglichst aufwandbezogene Abgeltung der zu leistenden Arbeit bis zum Inkrafttreten einer Strukturreform erreicht werden kann.*

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer "Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle Eintretensdebatte 1. Teil

Dieses Geschäft wurde in einer 13er-SPK vorberaten.

Andres Bächtold (SP) Präsident der SPK *

"Bereits nach dem Studium der gut und ausführlich begründeten und mit nützlichen Dokumenten ergänzten Vorlage war vermutlich nicht nur mir klar, dass die Beratung dieses Geschäfts dem Thema entsprechend hindernisreich sein wird. Wir haben zwar während insgesamt drei intensiven Kommissionssitzungen versucht, Hürden abzubauen oder zu überspringen, was allerdings nicht gelungen ist. Die - auch emotionalen - Spannungsfelder rund um den «Griesbach» liessen eine Annäherung der Standpunkte offensichtlich nicht zu. Ich versuche nun, Ihnen das Geschäft und den Verlauf der Kommissionsverhandlungen möglichst kurz und - mindestens im ersten Teil - neutral wie folgt darzulegen:

1. Allgemeine Begriffserklärungen
2. Geschichte der Vorlage
3. Chronologischer Bericht der Kommissionsberatungen
4. Zusammenfassung und persönliche Schlussfolgerungen

1. Allgemeine Begriffserklärungen

Der gesamte Randen befindet sich im «Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung», kurz BLN. Damit ist das ganze Randengebiet, welches 7'432 ha umfasst, mit hohen und weitgehenden Schutzziele belegt. In diesem Gebiet liegen neben dem Griesbach auch die Randendörfer Hemmental, Merishausen und Bargaen inkl. der entsprechenden Zufahrten und insbesondere auch die Autostrasse A4. Es finden also auch in BLN-Gebieten selbstverständlich dauernd Konflikte zwischen Naturschutzanliegen auf der einen und Nutzungswünschen von in diesem Gebiet lebenden und arbeitenden Menschen auf der anderen Seite statt. Der Kanton hat das in seiner Richtplanung entsprechend berücksichtigt und für den Randen das BLN-Gebiet sozusagen verkleinert und das «Engere Randenschutzgebiet» definiert. Darin sind nun die besiedelten Flächen, also die Randendörfer inkl. der Talsohlen mit den Zufahrtsstrassen sowie das Gebiet der A4 nicht enthalten, ausgeklammert ist aber auch der «Griesbach». Soviel zu den Naturschutzbegriffen, welche uns eigentlich gar nicht sonderlich interessieren müssten, wenn das Gebiet nicht durch Menschen und Tiere in spezieller Weise genutzt werden möchte. Deshalb nun noch einige Vorbemerkungen zu eben diesen Nutzern:

Eigentümerin des «Griesbach», welcher übrigens in der Landwirtschaftszone liegt, ist der Kanton. Die Genossenschaft "Pferdesporttage", welche die nationalen Pferdesporttage durchführt, ist Pächterin des Landes, welches insbesondere das Reitstadion umfasst und etwa so gross ist, wie die zur Debatte stehende neu zu schaffende Zone. Urheberin der Vorlage ist aber nicht diese Genossenschaft, sondern der Reitverein Schaffhausen, welcher angrenzend ans jetzt bestehende Stadion eine Reithalle errichten möchte. Die Genossenschaft und der Reitverein sind personell sehr eng verbunden und unterstützen sich gegenseitig bei der Durchführung von Reitsportanlässen auf dem Griesbach. Ansonsten beansprucht jetzt der Reitverein den Griesbach nicht. Weitere Nutzer sind jedoch die Hornusser und die Modellfluggruppe, temporär wird die Infrastruktur auf dem Griesbach auch vom Transrandenlauf, für Pfadilager usw. benutzt. Als Naherholungsgebiet bietet sich der Griesbach natürlich auch für Hundeliebhaber, Wanderer und andere Natur- und Ruhesuchende an, welche die Örtlichkeit in der Natur in der Regel mit dem Auto aufsuchen.

Als **2.** Punkt gehe ich nun auf die Vorgeschichte ein. Da diese in der Vorlage ausführlich beschrieben ist, kann ich es kurz machen. Der Reitverein Schaffhausen mit ca. 390 Mitgliedern, davon 41 Aktivmitglieder und 28 JuniorInnen, befasst sich schon lange mit dem Gedanken einer eigenen Reitsporthalle. Einerseits zur Betreibung des Kerngeschäfts sozusagen, dem Reiten, andererseits aber auch als Clubtreffpunkt, wie das fast jeder "Küngelzüchterverein" auch hat - oder gerne hätte.

Zur Nutzung von Synergien mit der Genossenschaft wurde dabei der Standort Griesbach priorisiert. Das hat der Stadtrat aber bereits 1998 abgelehnt und Alternativstandorte geprüft und vorgeschlagen.

Favorisiert wurde schliesslich ein Baurechtsgrundstück im Merishausertal, welches die Stadt aber schliesslich doch nicht zur Verfügung stellen mochte, da Grundstücke in der Gewerbezone primär zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen und nicht der Ausübung von Freizeitaktivitäten dienen sollen. Damit stand der Standort Griesbach wieder im Vordergrund und der Stadtrat beschloss auf Empfehlung des Kantons bzw. des Planungsamtes, eine Spezialzone auf dem Griesbach auszuscheiden, da der Bau einer Reitsporthalle in der Landwirtschaftszone nicht toleriert werden kann. Der Reitsportverein forcierte deshalb die Vorbereitungen, Gespräche mit dem Quartierverein sowie mit diversen Naturschutzorganisationen usw. wurden geführt, was letztendlich in der Vorlage mündete, welche wir nun zu beraten haben.

Damit komme ich zum **3.** Punkt meiner Ausführungen, nämlich zum Bericht über die Kommissionsarbeit:

Die SPK beriet dieses Geschäft wie gesagt an drei Sitzungen, an welchen, da Vakanzen jeweils sofort ersetzt wurden, ausnahmslos alle 13 Mitglieder teilnahmen und engagiert diskutierten und debattierten. Begleitet wurde die Kommission durch Stadtrat Kurt Schönberger sowie durch den Bausekretär Albert Tanner und den Chef des Planungsamtes, Urs Staub. Durch ihr Fachwissen und die Kenntnisse der Reitsportszene konnten sie fast jede Frage beantworten und oft klärend eingreifen. Dafür möchte ich mich bestens bedanken. Begleitet wurde die Kommissionsarbeit durch Frau Riedel, welche hervorragende und äusserst nützliche Protokolle verfasste. Auch ihr danke ich herzlich dafür.

Unsere erste Sitzung fand eine Woche nach den Pferdesporttagen 2000 statt. Die Reiter hatten diesen Anlass natürlich dazu benutzt, Stimmung für ihr Anliegen zu machen, was allerdings nicht bei allen Kommissionsmitgliedern besonders gut angekommen ist. Unbestritten war aber immerhin, und das blieb bis zur letzten Sitzung so, dass die nationalen Pferdesporttage nicht von Schaffhausen wegzudenken sind und dazu beitragen, die grüne Region am Rhein bekannt zu machen.

Auch gegen die geforderte Planierung des bestehenden Reitplatzes mit allfälliger sanfter Renovation der vorhandenen Stadionanlagen sowie gegen die Verbesserung der Infrastruktureinrichtungen erhob sich kein Widerstand. Thema war also lediglich der Bau der Reitsporthalle an diesem Standort. Die weitere Debatte drehte sich in der Folge um so klar verständliche Begriffe wie positive und negative Standortgebundenheit, was einen Rechtsstreit bereits erahnen liess. Diskutiert wurde aber auch über die Zunahme des Verkehrsaufkommens im BLN-Gebiet und darüber, ob nicht doch andere Standorte in Frage kämen bzw. bestehende Hallen benutzt werden könnten wie bisher und darüber, ob nicht der Griesbacherhof als Ersatz geeignet wäre. Es wurde aber auch die Angst manifest, dass allenfalls mit vermehrten Grossveranstaltungen der Griesbach und das Breitequartier mehr belastet würden und dass allenfalls die Finanzierung nicht sichergestellt werden könnte. In diesem Falle hätten wir dann zwar nach gehabter Volksabstimmung eine Spezialzone, aber keine Reithalle. Der Herrenacker lässt von Ferne grüssen. Zur Klärung dieser Punkte einigte man sich darauf, als Fundament für die nächste Sitzung sozusagen folgende ergänzende Unterlagen anzufordern:

- Entwicklung im Griesbacherhof
- Nutzungskonzept und Finanzierungsmodell Reitsporthalle
- Ausweitung Gewerbezone Merishausertal
- Finanzierungsmodell

Zum Schluss der ersten Sitzung wurde dann aber noch Eintreten auf die Vorlage beschlossen, und zwar mit 8 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung.

Vor der 2. Sitzung wurden auftragsgemäss die gewünschten Unterlagen und das Protokoll zugestellt. Gleichzeitig erhielten wir auch die Auswertung einer Umfrage im Quartier Hohlenbaum-Breite und Umgebung, aus welcher hervorgeht, dass bei einer Rücklaufquote von 23% eine deutliche Mehrheit der Reitsporthalle zustimmt. Viele der BefürworterInnen fordern allerdings ein strenges Nutzungsreglement sowie keinen weiteren Ausbau der Randenstrasse bzw. Vorsichtsmassnahmen zum Schutz aller BenützerInnen der oberen Randenstrasse.

Zur Entwicklung des Griesbacherhofes lag ein Schreiben des Landwirtschaftsamtes vor, aus welchem hervorgeht, dass im jetzigen Zeitpunkt keine verbindliche Aussage betreffend zukünftiger Nutzung des Griesbacherhofs gemacht werden könne. Dieses Papier wurde zur Kenntnis genommen und nicht weiter diskutiert.

Zu Beginn der 2. Sitzung erläuterte uns der Chef des Planungsamtes, weshalb die Gewerbezone allgemein und für die Errichtung einer Reitsporthalle im Speziellen nicht erweitert werden könne; auch das führte zu keinen Diskussionen. Anschliessend wurde das vor der Sitzung zugestellte Nutzungskonzept des Reitvereins diskutiert. Die wesentlichen Punkte dieses Konzepts möchte ich Ihnen in aller Kürze darlegen:

Neben den nationalen Pferdesporttagen finden heute bereits 4 Vereinsanlässe jährlich sowie zwei weitere alle 4 Jahre statt. Nach dem Bau der Halle sollen 2 weitere jährliche Veranstaltungen sowie natürlich Trainings von Vereinsmitgliedern sowie J+S-Kurse und Weiterbildungsveranstaltungen, welche jetzt in fremden Hallen durchgeführt werden, auf dem Griesbach stattfinden. Aufgrund der kostengünstigen Realisierbarkeit der Halle auf dem Griesbach sichert der Verein zu, auf keine Fremdvermietungen angewiesen zu sein. Er ist aber bereit, die Infrastruktur auch Dritten - insbesondere natürlich den bisherigen Nutzern - zur Verfügung zu stellen. Die Zufahrtsstrassen sind genügend, an normalen Tagen rechnet der Verein mit max. 20 - 30 Transporten, was einer Verkehrszunahme von max. 1/4 auf der oberen Randenstrasse entspricht. Ein Finanzierungsmodell liegt ebenfalls vor. Die Gesamtkosten werden mit Fr. 2 Mio beziffert. Fr. 290'000.00 sind gesichert, darin enthalten ist der Beitrag der Stadt Schaffhausen an die Erschliessungskosten in Höhe von Fr. 50'000.00, welche der Stadtrat bereits 1998 gesprochen hat. Ansonsten muss entgegen der Usanz der Verursacher die Erschliessungskosten tragen, aber darauf komme ich noch zurück. Der momentane Fehlbetrag beträgt somit stolze Fr. 1,7 Mio.

Nach einer kurzen Diskussion des Nutzungskonzeptes standen uns die Herren E. Brütsch, Vizepräsident der Genossenschaft Pferdesporttage und OK-Präsident der nationalen Pferdesporttage sowie H.J. Maag, Präsident Reitverein Schaffhausen, Red und Antwort. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob es einen zwingenden Zusammenhang zwischen bestehendem Aussenplatz und Reitsporthalle gebe. Das wurde insofern bejaht, als die Genossenschaft offensichtlich auf die Mithilfe der Vereinsmitglieder zur Durchführung der Pferdesporttage angewiesen ist, diese aber bei allfällig anderem Standort einer Reithalle keinerlei Interesse am Griesbach mehr hätten.

Im Übrigen wurden die Fakten des Nutzungskonzeptes zu untermauern versucht, wobei insbesondere die Zweifel an der Finanzierbarkeit des Fehlbetrages nicht ganz ausgeräumt werden konnten. Nach der Verabschiedung der beiden Pferdesportler wurde die Eintretensdebatte deshalb munter fortgesetzt, obwohl - wie gesagt - Eintreten bereits an der 1. Sitzung beschlossen wurde. Die Diskussion drehte sich eigentlich immer um die gleichen Punkte, wobei natürlich die Frage der Standortgebundenheit und damit die rechtliche Zulässigkeit im Zentrum stand. Zweifel an den Argumenten der jeweiligen Gegenseite blieben bestehen, eine Annäherung der Standpunkte war nicht auszumachen.

An der 3. Sitzung stiegen wir dann aber doch noch zügig in die Detailberatung ein, und zwar mit einem ausgewachsenen Rechtsgutachten unseres Hausjuristen Peter Möller, welches ich, um Ihre Zeit nicht allzusehr zu strapazieren, nicht zitieren möchte. Vielleicht tut er das nachher selber. Fazit seiner Ausführungen: Die Reitsporthalle kann aus rechtlichen Gründen nicht gebaut werden, eine Änderung des Zonenplanes ist somit abzulehnen. Der Chef des Planungsamtes legte in seiner Replik dar, dass die Rechtslage nicht ganz eindeutig sei. Das war auch dem Stadtrat bewusst, er hat den rechtlichen Sachverhalt deshalb auf den Seiten 3 + 4 der Vorlage ausführlich beschrieben. Genau deshalb wurde, auch auf Anraten des Kantons, der Weg über die Schaffung einer Spezialzone und nicht über eine Ausnahmegewilligung gesucht, damit die Bevölkerung ihren Willen an der Urne demokratisch manifestieren kann. Anschliessend stehen dann alle rechtlichen Mittel offen. Da diese zweifelsohne durch die Naturschutzorganisation pro Natura, welche nach Aussage von Bernhard Egli entgegen der Bemerkung auf Seite 7 der Vorlage nicht in Gespräche mit dem Reitverein involviert war, ergriffen werden, stellte sich die Frage, ob die Rechtslage nicht in Form einer Expertise geklärt und damit eine allenfalls unnötige Abstimmung vermieden werden könnte. Das wurde durch alle anwesenden Juristen verneint.

Nach nochmaliger Klärung der Frage, wann und weshalb der Stadtrat bereits einen Zuschuss an die Erschliessungskosten bewilligt hat, konzentrierte sich die Detailberatung auf die eigentlichen Zonenvorschriften auf Seite 6 der Vorlage, und dort insbesondere wieder auf die Erschliessungskosten in Art. 54a, Abs. 5. Es wurde als zu unklar empfunden, wer mit «Benutzer» gemeint ist; Benutzer wurde deshalb durch Pächter ersetzt. Auf Antrag von Bernhard Egli wurde schliesslich mit 7 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen, einen Passus in dem Sinne einzuführen, dass die Zonenplanänderung nur in Kraft tritt, wenn die Halle tatsächlich gebaut, d.h. die Finanzierung gesichert ist. Auf diese Änderung kamen wir allerdings bei der Beratung der eigentlichen Anträge nicht mehr zurück, weshalb ich der Ansicht bin, dass diese Änderung gegebenenfalls heute nochmals beantragt werden müsste.

Zu reden gab schliesslich der letzte Absatz auf Seite 7, wo als Novum festgehalten ist, dass die Gesuchsteller die Kosten der Volksabstimmung übernehmen sollen. Dieses Ansinnen des Stadtrates lehnte die Kommission mit 11 : 2 Stimmen ab, womit dieser Passus gestrichen ist und wir bei den Anträgen angelangt waren.

Den Artikel 54a, Abs. 5, wo wir kurz vorher das Wort "Benutzer" durch «Pächter» ersetzt hatten, änderten wir auf Antrag von Bernhard Egli nun definitiv mit ebenfalls 11 : 2 Stimmen wie folgt:

«Die vertraglich festgelegten Nutzer der Reitsportzone Griesbach tragen die Kosten für die ausreichende Erschliessung».

Mit dieser Änderung wurden die Anträge 1a) und b) mit 9 gegen 4 Stimmen, der Antrag 2 mit 9 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

In der Schlussabstimmung wurde der Vorlage mit dem geänderten Antrag 1 a) mit 9 gegen 4 Stimmen zugestimmt.

Mit der persönlichen, und damit nicht mehr neutralen Zusammenfassung komme ich zum Schluss meiner Ausführungen:

1. Das Reitsportstadion, so wie es jetzt besteht und genutzt wird, ist unbestritten, obwohl es im BLN-Gebiet liegt und dort nebst diversen kleineren mindestens eine Grossveranstaltung jährlich stattfindet.
2. Die nationalen Pferdesporttage sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil Schaffhausens und ein nicht zu unterschätzender Werbeträger für unsere Region.
3. Als Pferdebanause muss ich akzeptieren, dass der Rasen heutigen Anforderungen nicht mehr zu genügen vermag und saniert werden muss.
4. Die Infrastruktur ist mangelhaft bis nicht vorhanden. Das muss zur Sicherung des Reitstadions und damit der Pferdesporttage einerseits, aber auch für die Nutzung durch Dritte wie Transrandenlauf, Pfadilager und dgl. geändert werden.
5. Der Anspruch des Reitvereins auf eine Reithalle zur Sicherstellung von witterungsunabhängigen Trainingsmöglichkeiten sowie zur Pflege des Clublebens ist nachvollziehbar.
6. Die Nutzung von Synergien durch Zusammenlegung von Aussenplatz und Halle ist für mich einleuchtend. Gleichzeitig kann damit die Zusammenarbeit von Genossenschaft und Verein gesichert werden, was wiederum für die Durchführung der Pferdesporttage bedeutsam ist.
7. Durch ein entsprechend restriktives Nutzungsreglement können die Immissionen in Grenzen gehalten werden. Gegebenenfalls sind Verkehrsbeschränkungen auf dem Strassennetz rund um den Griesbach anzuordnen.
8. Die rechtliche Situation ist unklar und kann nur durch die letzte Gerichtsstanz endgültig geklärt werden.
9. Das mit der Vorlage vorgegebene Vorgehen ist bereits von zwei politischen Gremien, nämlich Kanton und Stadtrat, abgesehen. Es macht deshalb nach meiner Meinung wenig Sinn, das Verfahren nun mitten drin zu stoppen.
10. Der Weg über die Zonenplanänderung ist dem Reitverein so vorgezeichnet worden, worauf dieser bereits einige Vorinvestitionen vorgenommen hat. Aus Gründen der Fairness und der Rechtssicherheit sollte das Verfahren deshalb, allenfalls bis zum bitteren Ende, durchgezogen werden.

Obwohl mir an sich nichts an einer Pferdesporthalle - schon gar nicht in geschütztem Gebiet - liegt, bleibt nach meiner Auffassung nichts anderes übrig, als den durch den Stadtrat mit dieser Vorlage vorgespurten Weg weiter zu gehen und die Vorlage durch den Souverän demokratisch beurteilen zu lassen. Bei allfälliger Zustimmung wird dann halt vermutlich das Bundesgericht endgültig entscheiden müssen. Diese Angelegenheit kann aber nur so endgültig erledigt und von der Tagesordnung gestrichen werden. Ich danke ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung

"Ich kann Ihnen zum Schluss noch mitteilen, dass sich die SP-Fraktion ausnahmsweise nicht zu einer einhelligen Meinung durchringen konnte und deshalb keine Abstimmungsempfehlung abgibt."

Bernhard Egli (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB *

"Das vorliegende Geschäft ist ein sehr komplexes und blickt auf eine entsprechend lange Vorgeschichte zurück. Diese Entstehungsgeschichte zu berücksichtigen ist wichtig, um einen richtigen Entscheid fällen zu können. Die Kommissionsarbeit mit der Anhörung von Erich Brütsch, Vizepräsident der Genossenschaft "Nationale Pferdesporttage" und Hansjörg Maag, Präsident des Reitvereins Schaffhausen, hat verschiedene wichtige Fragen klären können, aber auch neue aufgeworfen.

In der Vorlage wurde die Vorgeschichte viel zu stark gekürzt dargestellt, so z.B. *"Bereits 1993 wurden auch seitens der Stadt erste Vorabklärungen getroffen und Entscheide gefällt."* Interessant wäre gewesen, was für Entscheide damals gefällt worden sind. Vielleicht kann der Stadtrat dies hier noch ergänzen.

Dass die geplante Reithalle nicht in der Landwirtschaftszone erstellt werden kann, weil es sich um einen Gewerbebetrieb handelt, ist klar und unbestritten. Also hat man einen zonenkonformen Standort in der Gewerbezone gesucht und auch gefunden. In der stadträtlichen Vorlage heisst es unklar: *"Ein ernsthaft geprüftes Alternativangebot auf einem Baurechtsgrundstück der Stadt im Merishausertal musste letztlich fallengelassen werden, da die Verfügbarkeit des Grundstückes im Rahmen von Wirtschaftsansiedlungen höher zu werten ist als der Bau einer Reithalle."* Dazu muss noch einiges präzisiert werden, nämlich dass der Stadtrat oder das Baureferat diesen Standort abgelehnt hat, nicht aber der bauwillige Reitverein.

Ich zitiere aus einem Brief des Reitvereinspräsidenten vom Februar 1999:

"Nachdem im Januar 1998 der Stadtrat einen negativen Entscheid für den Bau einer Reithalle auf dem Griesbach gefällt hat, hat der Reitverein Schaffhausen mit der Unterstützung des Baureferats intensiv nach alternativen Standorten gesucht. Rund zehn mögliche Standorte resultierten aus der Suche. Praktisch alle Grundstücke schieden nach einer genauen Prüfung aus verkehrstechnischen oder finanziellen Gründen aus. Vier Grundstücke schieden wegen den Platzverhältnissen mit den Auflagen bezüglich Parkplätzen, Zufahrt und Grenzabständen aus. Als einziger möglicher Standort kam das Merishausertal in Frage. Nach sämtlichen Abklärungen schien dieser auch für die Bedürfnisse des Reitvereins zu genügen. Einziges Problem seitens des Reitvereins ist die Finanzierung des Baurechtszinses und die damit verbundenen laufenden Kosten von über Fr. 30'000.- pro Jahr. Diese Mittel können vom Verein nur mit der Vermietung an Dritte aufgebracht werden."

Laut stadträtlicher Vorlage S. 1 gab es **ein** ernsthaft geprüftes Alternativangebot auf einem Baurechtsgrundstück der Stadt im Merishausertal.

Meiner Ansicht nach hätten auch die anderen neun Alternativen ernsthaft geprüft werden müssen. Ich habe sogar den Eindruck, dass nicht einmal dieser **eine** Standort umfassend geprüft worden ist. Dazu ein paar Kritikpunkte an den Stadtrat:

1. Dem Stadtrat ist in Erinnerung zu rufen, dass Wirtschaftsförderung nicht die einzige und alleinige Aufgabe der Stadtregierung ist. Gemäss Bundesgesetzen und kantonalen Gesetzen ist der Stadtrat auch verpflichtet, die öffentlichen Interessen an der Erhaltung ausgeschiedener Inventarflächen und Schutzgebiete wahrzunehmen.

2. Das Schlimmste bei der Wirtschaftsförderung ist, wenn der Stadtrat Wirtschaftsansiedlungen gegen Investitionen und Bauprojekte des einheimischen Gewerbes ausspielt (und als einheimisches Gewerbe gilt der Reitverein beim Bau und Betrieb einer Reithalle).

Meine Nachfrage in der SPK hat ergeben, dass neben dem Reitverein auch die Firma Marquardt an derselben Baurechtsfläche im Merishausertal interessiert war. Wie wir wissen, hat sich Marquardt aber für einen Standort im Herblingertal entschieden und nach rascher Umsetzung aller Planungen und Bauarbeiten kann im November dieses Jahres die Eröffnung dieser Firma im Herblingertal gefeiert werden. Die fragliche Fläche im Merishausertal wäre also noch frei.

Es bleibt die Frage, ob es denn auf Stadtgebiet generell zu wenig Gewerbeland habe.

Meine Nachfrage in der SPK hat ergeben, dass rund 50% des eingezonten Gewerbelandes noch verfügbar ist und auch im Merishausertal grosse Reserven vorhanden sind. Von Knappheit kann also gar nicht die Rede sein.

3. Es gibt im Rat breit abgestützte Visionen über ein zukünftiges multifunktionales und multisportives Zentrum. Hat sich der Stadtrat trotz Auftrag des Grossen Stadtrates in dieser Richtung keine Gedanken gemacht über die Bedeutung einer Reitsporthalle, welche zu mehr als zu abendlichen Reitstunden und den Nationalen Pferdesporttagen genutzt werden könnte - eine multifunktionale Reitsporthalle im Merishausertal, zonenkonform in der Gewerbezone, auf städtischem Baurechtsland und sehr nah am Autobahnanschluss, welche genutzt und vermarktet werden kann und damit den Investoren auch eine Rendite bringen kann?

Der Stadtrat will sein Baurechtsland im Merishausertal freihalten für Wirtschaftsansiedlungen und es nicht vergeuden für den Reitverein zum Bau einer Reithalle. Wenn Sie, meine Dame und Herren Stadträte, dieses Unterfangen im Wert für die Stadt derart gering einschätzen, verstehe ich nicht, weshalb man dann mit derartigem Engagement eine Reithalle auf dem Griesbach "durchstieren" will. Wir wissen:

- die Baute ist nicht zonenkonform
- eine Ausnahmegewilligung des Kantons wurde von diesem abgelehnt
- es handelt sich um BLN-Gebiet (d.h. Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung)
- die Zufahrtsstrassen sind sehr knapp bemessen, nur eine davon geteert, die anderen sind Wald-Schotterstrassen oder Feldwege, der Zugang führt durch ein dichtbesiedeltes und lärmbelastetes Wohnquartier
- der betroffene Quartierverein Hohlenbaum-Breite hat weitgehende Einschränkungen verlangt

Trotz alledem erklärte sich der Stadtrat, gemäss seiner Vorlage S. 1 - mit Beschluss vom 23. März 1999 - grundsätzlich bereit, die Schaffung einer speziellen Zone für die sportliche Nutzung auf dem Griesbach zu prüfen usw. In diesem Stadtratsbeschluss heisst es unter anderem: *"Der Stadtrat hat daher den Reitverein eingeladen, in Absprache mit dem Kanton als Grundeigentümer, den anderen interessierten Vereinen und unter Berücksichtigung der Anliegen weiterer betroffener Kreise wie Quartierverein und Umweltorganisationen ein Konzept für eine Reithalle auszuarbeiten und dem Baureferat zuhänden des Stadtrates zu unterbreiten."*

Die wohl grösste und in Raumplanungsfragen führende Umweltorganisation Pro Natura wurde dazu aber nie kontaktiert, informiert oder angefragt. Am 4. November 1999 wurde das Konzept (datiert vom 8. Juli 1999) von Reitverein und Genossenschaft "Pferdesporttage" einer ausgewählten Personengruppe vorgestellt. Dabei informierte der Baureferent übrigens, dass das Baureferat eine Vorlage an den Grossen Stadtrat vorbereitet habe. Anschliessend wurde offenbar noch lange weiter formuliert, denn unsere Vorlage datiert über vier Monate später. Erst mit Schreiben vom 8. Dezember 1999 wurde Pro Natura zum ersten Mal eingeladen und am 20. Dezember 1999 über das Projekt informiert. Es soll niemand kommen und reklamieren, Umweltorganisationen würden hinterher Projekte bekämpfen. Diese hätten ihre Einwände lieber frühzeitig eingebracht und der entsprechende Auftrag des Stadtrates war klar.

Ich stelle zusammenfassend fest, dass es nach unserer Auffassung zumindest einen guten, geeigneten Alternativstandort zum Griesbach gegeben hat. Die Argumentation des Reitvereins, dass es auf dem Griesbach finanziell günstiger sei zu bauen, da der Baurechtszins wohl tiefer liegt als in der zonenkonformen Gewerbezone im Merishausertal ist juristisch ebenso wenig stichhaltig wie das gewerbefeindliche Ansinnen des Stadtrates, geeignetes Baurechtsland in der Gewerbezone einem bauwilligen hiesigen Gewerbebetrieb zu verweigern, um es zu horten.

Raumplanerisch ist es abwegig, Bauprojekte zonenfremd zu planen, um dann für das Projekt eine "Briefmarkenzone" zu kreieren. Im Gegensatz zur Briefmarkensammlung, wo man das Einzelstück leicht herausziehen kann, geht das bei einem zerstückelten Zonenplan nicht. Was passiert denn, wenn die vorgeschlagene Einzonung durchgeht, die Projektanten aber doch auf einen anderen Standort umschwenken oder das Vorhaben an der Finanzierung scheitert oder es aus rechtlichen Gründen nicht machbar ist? Dann haben wir eine Spezialzone geschaffen, die gar nicht gebraucht wird. Ich habe deshalb in der SPK den Antrag gestellt für einen Zusatz, dass die Einzonung nur in Kraft tritt, wenn das Bauvorhaben auch innert festzusetzender Frist umgesetzt wird. So hatte man es auch bei einer Spezialabbauzone für das Kieswerk Solenberg gemacht. Die SPK hat meinen Antrag aber abgelehnt (nicht zugestimmt, wie der Kommissionspräsident gesagt hat). Ich bin enttäuscht, denn die Behörden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass zonenkonform gebaut wird und sie dürfen sich nicht dazu hergeben, dass ein Einzelbau projektbezogen eingezont wird.

Aus diesen Überlegungen kommen wir zum Schluss, dass eine Einzonung von Landwirtschaftsland in Gewerbeland mit dem Namen 'Reitsportzone Griesbach' rechtlich nicht machbar ist und deshalb vom Grossen Stadtrat abgelehnt werden muss. Unsere Fraktion wird deshalb den Antrag auf Nichteintreten auf die Vorlage stellen.

Wesentliche rechtliche Aspekte, insbesondere Fragen der Standortgebundenheit, wird mein Fraktionskollege Peter Möller noch erläutern.

Standort Griesbach

Ich komme zum nun vorgesehenen Standort Griesbach und der dazu notwendigen Einzonung:

Wir wissen, dass die fragliche Fläche im Randengebiet liegt, welches der Bundesrat 1977 in das Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) aufgenommen und damit die nationale Bedeutung festgelegt hat. Zusätzlich zu den vom Bundesrat festgesetzten Grenzen des BLN-Gebietes hat der Kanton Schaffhausen auf kantonaler Stufe ein "Engeres Randenschutzgebiet" (ERS) bezeichnet. Darin sind folgende zusätzliche Einschränkungen per Naturschutzverordnung festgelegt:

- Einschränkung des Pflügens, der Düngung und der Einbringung von Pflanzenbehandlungsmitteln entlang von Waldrändern und Hecken
- Beitragsberechtigung von inventarisierten Magerwiesen nur im ERS
- Verbot, im ERS Modellmotorsport zu betreiben

Mehr ist aus Gesetzen und Verordnungen nicht zu finden. Die Folgerung ist, dass die Frage 'innerhalb oder ausserhalb des ERS liegend' sich für die Ausscheidung einer Reitsportzone Griesbach nicht stellt. Sollte unser Kantonsplaner allenfalls etwas anderes behaupten, liegt das wohl an seinem wortgewaltigen Naturell. Tatsache ist, wir befinden uns im BLN-Gebiet Randen und damit "basta".

In den Gemeinden, welche vollständig im BLN-Gebiet liegen (das sind Barga, Hemmental und Merishausen), befinden sich notwendigerweise auch Bauzonen und Gewerbebezonen im BLN-Gebiet. In den anderen Gemeinden nicht. Will nun Schaffhausen (mit einem ungenutzten Gewerbebezonen-Anteil von 50%) in das BLN-Gebiet hinein Gewerbeland einzonen (und das wäre diese Reitsportzone Griesbach), dann ist das ein Novum für den ganzen Kanton und das über 75 km² grosse BLN-Gebiet. So etwas geht juristisch sicherlich nicht durch.

Der Kanton Schaffhausen zeigt seit ein paar Jahren auf, in welche Richtung seine, resp. die öffentlichen Interessen, die er verfolgt, gehen: grossflächig werden Landwirtschaftsflächen extensiviert, bedeutende Waldbereiche werden aus der Nutz- in die Erholungsfunktion entlassen. Das offene Land im Gebiet Eschheimental-Griesbach ist eines der wichtigsten Naherholungsgebiete. Neue zusätzliche gewerbliche Nutzung erträgt diese Strategie und dieses Gebiet nicht.

Zur Zeit haben wir im Gebiet verschiedene Nutzungen, die sich widersprechen, als Beispiel Naherholung, Spazieren, Modellmotorsport etc. Wie ist es dazu gekommen? Laut Naturschutzverordnung des Kantons Schaffhausen heisst es gemäss Art. 11 c: "Es ist nicht gestattet c) im ERS Modellmotorsport zu betreiben." In der SPK habe ich nachgefragt und bekam zur Antwort, dass die Modellfluggruppe sich an die ausgesparte Zone Griesbach hält und nicht im ERS fliegt. Dies trifft aber in Wirklichkeit nicht zu. Wenn man sich die Mühe nimmt, dies zu kontrollieren, kommt man zum Schluss, dass eine Fläche von gegen 1,5 km² überflogen wird. Bei weitem mehr als die kleine vom ERS ausgesparte Fläche und dies derart, dass auch die Wohngebiete auf der Breite vom Lärm des Modellmotorsports betroffen sind.

Der Quartierverein Hohlenbaum-Breite hat klare Bedingungen zum Reitsportzentrum Griesbach gestellt, nämlich

- kein erheblicher Mehrverkehr
- keine Berechtigung, die Zufahrtsstrassen auszubauen
- ihre Interessen bei der Erarbeitung der Nutzungsvorschriften für den Betrieb der Reithalle einbringen zu können.

Schon der erste Punkt ist kaum zu erfüllen. Was heisst erheblich? Das wird laut BUWAL mit dem Begriff wahrnehmbar gleichgesetzt und wie folgt definiert:

- bei der Luft: Verkehrsbelastungsänderungen von über 10%
- beim Lärm: Lärmzunahme von 1 dB (dezibel)

Also versucht der Stadtrat richtigerweise die zukünftige Nutzung der Reithalle stark einzuschränken. Damit wird aber die Finanzierung des Bauprojektes gefährdet. Dazu kommt eine weitere gewichtige Opposition, nämlich der Kanton mit dem Planungsamt. Dieses erklärt schriftlich: *"Wir bedauern, dass der Stadtrat eine gegenüber den Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Baudepartementes kleinere, bzw. Minimalvariante für die Zonenplanänderung gewählt hat. Es wäre zu hoffen, dass die erwähnten, bereits auf dem "Griesbach" angesiedelten Randsportarten doch noch Aufnahme in der Zonenplanänderung finden könnten."* Im selbem Schreiben findet man einen höchst interessanten Kommentar des kant. Planungsamtes zu Art. 54a Abs. 1 der stadträtlichen Vorlage. Dort heisst es: *"Im neuen Artikel der Bau-Ordnung finden sich keine Bemerkungen zu übrigen Sportarten wie "Hornussen" oder "Modellfliegen". Diese Sportarten werden aber ebenfalls auf dem "Griesbach" durchgeführt und benötigen eine Infrastruktur. Mit einer entsprechenden Ergänzung in der Bau-Ordnung und einer Erweiterung der geplanten Zonenplanänderung könnten diese Randsportarten "legalisiert" werden."* - Ach so, darum geht es dem Kanton, um die Legalisierung auf Umwegen der jetzt illegalen Zustände, die er bis jetzt nicht in den Griff bekommen hat.

Darüber wurde auch in der SPK diskutiert. Baureferent Kurt Schönberger informierte, dass der Kanton die Modellsportgruppe aufgefordert habe, innert Frist die nicht legalen Einrichtungen wie Baracke und Kerosintank vom Griesbach zu entfernen. Der Stadtrat habe sich darauf schriftlich beim Kanton für die Modellsportgruppe eingesetzt, worauf der Kanton diese Zustände vorläufig weiterhin toleriere, bis zur Verabschiedung dieser Vorlage.

Meine Damen und Herren, sind wir doch ehrlich und stellen uns die Frage, die es zu stellen gilt: Wollen wir auf dem Griesbach eine Sportzone, allenfalls einen Sportschwerpunkt, und was gehörte in einem solchen Fall alles hinein, was bräuchte es dazu an Erschliessung, Infrastruktur und Umzonungen? Dazu gehört die Frage, auch juristisch seriös abgeklärt, ob ein solches Ansinnen machbar wäre. Dann kommen Sie mit einer entsprechenden Vorlage und dann diskutieren wir jenes Vorhaben. In eben diese Richtung ging auch der Auftrag, über ein multifunktionales und multisportives Zentrum (z.B. im Herblingertal) planerisch nachzudenken. Wenn wir nun beginnen, da und dort grosse Einzelhallen zu bewilligen, mit städtischer finanzieller Beteiligung oder gar selbst zu bauen, dann ist ein solches visionäres multifunktionales Projekt bereits gestorben.

Die CVP der Stadt Schaffhausen hat zwar in einem Zeitungsbeitrag vom 21. Juni dieses Jahres unter dem lustigen Titel 'Reiten oder Sackgumpen' geschrieben, Zitat: *"Der Reitverein Schaffhausen will zusammen mit der Genossenschaft "Pferdesporttage" jetzt handeln, und zwar ohne finanzielles Engagement der Stadt. Sie möchten den Griesbach so verändern, dass er den neuen Bedürfnissen gerecht wird. Und es soll eine Reithalle gebaut und die Infrastruktur erneuert werden. Strom - evtl. Solarzellen auf der Halle -, Wasser und Telefon müssen zugeleitet werden."* 'Ohne finanzielles Engagement der Stadt', dies wurde geschrieben - wohl wissend, dass der Stadtrat bereits Fr. 50'000.- an die Erschliessungskosten der Reithalle bewilligt hat und die Projektanten einen weiteren finanziellen Beitrag der Stadt von Fr. 100'000.- budgetiert haben. Aber ein wohl bekanntes Sprichwort heisst denn auch 'In vino veritas' und nicht - 'in CVP veritas'.

Wir stimmen heute auch darüber ab, ob wir jene positive Vision eines multifunktionalen und multisportiven Zentrums noch vor ihrer Geburt zu Grabe tragen.

Abgesehen davon, dass meiner Meinung nach die vorgesehene Schaffung einer 'Reitsportzone Griesbach' juristisch nicht möglich ist, ist es auch politisch nicht machbar. Die verschiedenen Interessen vor Ort:

- Die Investoren müssen die Halle möglichst maximal ausnutzen können, um finanziell nicht zu scheitern.
(Eine gewisse Diskrepanz zwischen dem Reitsportverein und der Genossenschaft "Nationale Pferdesporttage" zeigte sich an der zweiten Sitzung der SPK: Während der Präsident des Reitvereins aussagte: "Auf keinen Fall werden wir die Durchführung von Grossveranstaltungen dulden," sagte der Vertreter der Genossenschaft: "Im Baurechtsvertrag mit dem Kanton ist schriftlich festgehalten, dass für jede Veranstaltung, welche eine bestimmte Personenzahl überschreitet, eine Bewilligung vom Kanton eingeholt werden muss." Also finden so viele Grossveranstaltungen statt, wie der Kanton bewilligt.
- Der Kanton will alle vorhandenen Sportarten und -gruppen in dieser neuen Zone vereint haben.
- Der betroffene Quartierverein Hohlenbaum-Breite fordert: 'Kein erheblicher Mehrverkehr' und 'keine Berechtigung, die Zufahrtsstrassen auszubauen.'
- Der Stadtrat will - löblicherweise dem betroffenen Quartierverein folgend - die Nutzung und den Nutzerkreis stark einschränken.
- Dass das bestehende Strassen- sowie Feld- und Waldwegnetz den zunehmenden Belastungen standhalten sollte und die Forderung 'kein Ausbau der Zufahrtsstrassen' In Zukunft eingehalten werden kann, glaubt wohl ernsthaft niemand.

Zur Entwirrung dieses gordischen Knotens gibt es nur eine Lösung: ein anderer Standort.

Im Zusammenhang mit der Frage des Bauens im BLN-Gebiet Randen und der Forderung nach Rechtsgleichheit ist der Vergleich mit dem letzten grösseren Bauprojekt im Gebiet interessant: Ein Landwirt wollte von der Randenstrasse aussiedeln auf die Höhe zwischen Griesbach und Eschheimertal. Dies wurde ihm vom Kanton aus Landschaftsschutzgründen verweigert. Dies wohlverstanden für ein zonenkonformes und den Schutzziele des BLN-Gebietes entsprechendes Bauprojekt. Es wurde dann ein Ersatzstandort an der Grenze des BLN-Gebietes, in einer sichtgeschützten Waldeinbuchtung gelegen, gefunden.

Sollen nun für eine Gewerbebaute 'Reithalle' im BLN-Gebiet plötzlich lockerere Bedingungen gelten als für einen zonenkonformen Landwirtschaftsbetrieb?

Der in der Vorlage so intensiv bemühte Zusammenhang von Reitverein mit neuer Halle und der nationalen Pferdesporttage, scheint mir nach der Lektüre der langen Vorgeschichte des Hallenprojektes unglaublich. In einer öffentlichen Auseinandersetzung in den Medien im Februar 1998 hat sich der Reitvereinspräsident empört gezeigt über den damals negativen Entscheid des Stadtrates. In einem Antwortbrief des Baureferenten, der zur Kenntnisnahme an die Mitglieder der städtischen Planungskommission versandt wurde, steht anderes. Zitat: *"Ich (der Baureferent Kurt Schönberger) hatte das Gefühl, dass Sie unseren Beschluss nicht enttäuscht aufgenommen hatten, zumal Sie erwähnten, der Drang und Hang der jüngeren Mitglieder Ihres Vereins zum Griesbach als Standort für eine Reithalle sei ohnehin kaum bis gar nicht vorhanden; es seien nur ältere Vereinsmitglieder, die an diesem Projekt hängen würden. Für Sie und die übrigen jüngeren Mitglieder des Reitvereins könne anstelle des Griesbaches ohne weiteres auch ein anderer Standort in Frage kommen."*

An der zweiten Sitzung der SPK kamen die Aussagen vom Präsidenten des Reitvereins, Zitat: "Wenn die Halle auf dem Griesbach nicht gebaut werden kann, wird sich der Reitverein nach einer anderen Möglichkeit umsehen." Und der Vizepräsident der Genossenschaft, Zitat: "Wenn die Reithalle nicht gebaut werden kann, wird sich der Reitverein nach einer Alternative umsehen und im Griesbach nicht mehr präsent sein."

Ich stelle fest, dass die Bindung zum Griesbach vor allem der jüngeren Reiterinnen und Reiter nicht oder kaum vorhanden ist. Wer, wenn nicht die Reitgarde selbst, soll aber die Zukunft des Reitsports bei uns garantieren können? Da drängt sich mir die Frage auf, ob nicht besser für Alle und Alles ein anderer, besser geeigneter und mehr Entwicklungsmöglichkeiten bietender Reitstandort bestimmt werden soll. Und wenn Stadt und Kanton derart die Wichtigkeit nationaler Pferdesporttage in Schaffhausen rühmen und sie investitionswilligem einheimischem Gewerbe nicht im Wege stehen wollen, dann müssten sie ein neues innovatives Reitsportzentrum im Merishausertal wohl weitaus höher werten als die Hortung von viel Gewerbeland.

Aus all diesen Gründen ist die OeBS//EVP/JPS/GB-Fraktion gegen die Schaffung einer Reitsportzone Griesbach mit Reithalle, und ich stelle Ihnen im Namen der Fraktion den **Antrag auf Nichteintreten** auf die Vorlage."

Ratspräsidentin Susanne Günter verkündet an dieser Stelle, dass sie die Sitzung hier abbrechen will.

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich unterstütze das, dass wir die Sitzung hier abbrechen, aber ich beantrage, dass man ganz pragmatisch die umfangreichen Äusserungen von Bernhard Egli - weil wir an der nächsten Sitzung ja weiter arbeiten wollen - nochmals sollte durchlesen können und er uns daher sein Manuskript zugänglich machen bzw. zukommen lassen soll, damit wir das nachvollziehen können. Ich bin nicht in der Lage gewesen, diese Fülle zu verarbeiten. Es wäre für die sachdienliche Lösung nützlich."

Die Ratspräsidentin wird diese Zustellung veranlassen. Der Stadtratsweibel, Hp. Pletscher wird besorgt sein, dass das Manuskript kopiert und allen Ratsmitgliedern Ende dieser Woche per Post zugesandt wird.

Die Ratspräsidentin schliesst die Sitzung mit dem Hinweis, dass an der nächsten Sitzung die Eintretensdebatte zu diesem Geschäft fortgeführt wird.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 12. September 2000